

# HUCH #93

ZEITUNG DER STUDENTISCHEN SELBSTVERWALTUNG

ARBEITER.INNENKINDER  
ALLER HOCHSCHULEN,  
VEREINIGT EUCH!

DIE AFD  
AUF DEM CAMPUS!

ZUM RÜCKTRITT  
VON SABINE KUNST

KONTINUITÄT  
DES KAMPFES

IMAGINE  
HIER AUJOURD'HUI

THE SAME OLD STORY

FÜREINANDER SORGEN,  
UM ZUSAMMEN  
STARK ZU SEIN

WIE GEHT ES WEITER  
NACH  
DEM VOLKSENTSCHEID?

DER UMRISSE  
EINER LEERSTELLE

VON  
FRAUEN AN EUCH

ENTWAFFNENDE  
EHRlichkeit

CEDRIC J. ROBINSON:  
EIN NACHRUF

DIE HÖLLE  
IN DER WIR LEBEN

# INHALT

Seite		Rubrik
1	Editorial	
3	Arbeiter_innenkinder aller Hochschulen, vereinigt euch!	Anstalt
5	Desiderius-Erasmus-Stiftung – die AfD auf dem Campus!	
7	Stellungnahme zum Rücktritt von Sabine Kunst	
9	Kontinuität des Kampfes	Aufsatz
13	Imagine hier aujourd’hui	
17	The Same old Story – Linke Geschichtsarbeit	
19	Füreinander sorgen, um zusammen stark zu sein	
21	Wie geht es weiter nach dem gewonnenen Volksentscheid?	
25	Der Umriss einer Leerstelle	Abspann
27	Von Frauen an Euch. Eine poetische Vermittlung	
29	Entwaffnende Ehrlichkeit	
31	Cedric J. Robinson: Ein Nachruf	
34	Die Hölle in der wir leben	
35		ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ

# EDITORIAL

## DIE REDAKTION

Die *HUch* – *Zeitung der studentischen Selbstverwaltung* ist die kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie richtet ein besonderes Augenmerk auf die allgegenwärtigen Konflikte in unserer Gesellschaft und fragt nach der Rolle der Universität im sozialen Gefüge. Dabei geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Leben zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt.

In diesem Jahr wird die *HUch* 25 Jahre alt – zum ersten Mal erschien sie im Oktober 1996. Zum Jahresende 2021 wollen wir diesem Umstand also Rechnung tragen und eine kleine aber feine Jubiläumsausgabe herausbringen. Entsprechend haben wir als Schwerpunkt der *HUch*#93 ein Thema gewählt, das wir mit dem Zurückblicken des Jubiläums verbinden: Perspektiven ›linken Erinnerns‹ prägen die Texte dieses Hefts. So sehen wir diese Ausgabe auch als Anstoß für eine Reflexion über die Geschichte der Zeitung und ihrer Rolle in der Gegenwart.

Wie es mittlerweile bei uns ›Tradition‹ ist, wird auch diese Ausgabe mit der hochschulpolitischen Rubrik ›Anstalt‹ eingeleitet. In diesem Heft geschieht dies mit einem Text zu progressiver Selbstorganisation auf der einen, und mit einer Analyse der Gefahren einer Organisation von Rechts auf der anderen Seite.

Anknüpfend an das Interview mit Wolf Dermann von Arbeiterkind.de in der *HUch*#91 rollt Joshua Schultheis in *Arbeiter\_innenkinder aller Hochschulen, vereinigt euch!* die Geschichte der studentischen Selbstorganisation von Arbeiter\_innenkindern auf, die maßgeblich über AstA-Strukturen möglich gemacht wurde.

In seinem Text *Desiderius-Erasmus-Stiftung – die AfD auf dem Campus!* zeichnet Marcus Kell nach, welche Risiken sich darin verbergen, dass die AfD-Stiftung mit der diesjährigen Bundestagswahl Zugang zu den Töpfen der staatlichen Stiftungsgelder erhalten wird.

Anlässlich des angekündigten Rücktritts der Präsidentin der Humboldt-Universität, Sabine Kunst, dokumentieren wir an dieser Stelle eine *Stellungnahme des Referent\_innenrats* zur – durchwachsenden – Bilanz der scheidenden Präsidentin.

In der Rubrik ›Aufsatz‹ erscheinen dann die ersten Texte zum Themenfeld ›linkes Erinnern‹, das mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen verhandelt wird. Auf die Artikel zum Themenschwerpunkt dieser Jubiläumsausgabe folgen zudem noch zwei tagespolitische Texte, die sich aktuellen linken Kämpfen widmen.

Günseli Yilmaz kritisiert in *Kontinuität des Kampfes* einerseits die deutsche, bürgerliche Erinnerungskultur und hebt andererseits die Relevanz der Geschichte der sogenannten Gastarbeiter\_innen für ein emanzipatives Erinnern hervor. Dabei konzentriert sie sich auf zentrale kämpferische Ereignisse, wie die wilden Streiks der 1970er Jahre.

In *Imagine hier aujourd'hui* nimmt Elio Nora Hillermann Bezug auf eigene Erfahrungen in linken Kämpfen und skizziert eine persönliche Form linken Erinnerns, die sich als Alltagspraxis artikuliert.

Mit seinem Text *The Same Old Story – Über die Relevanz und moderne Formen linker Geschichtsarbeit* schreibt Tilman Bärwolff ein Plädoyer für ein aktives linkes Erinnern und untersucht, inwiefern dies innerhalb moderner, digitaler Formate möglich ist.

Darüber, wie Kämpfe von Queers in der Ukraine aussehen, mit welchen Gefahren sie konfrontiert sind und wie sie es schaffen, zusammenzuhalten, berichtet Cay K. in *Füreinander sorgen, um zusammen stark zu sein*.

In einem Rückblick auf die Kampagne Deutsche Wohnen & Co entwickeln Patricia Machmutoff in *Wie geht es weiter nach dem gewonnenen Volksentscheid?* ein Mosaik der Erfolge und Schwierigkeiten der Berliner Kampagne, versucht zu erschließen, warum der Volksentscheid erfolgreich sein konnte, und unterstreicht die Notwendigkeit einer Weiterführung des Kampfes in der Wohnpolitik.

Auch im ›Abspann‹, unserem dritten Heft-Teil, der den ästhetischen Feldern gewidmet ist, findet sich das Thema ›linke Erinnerung‹ wieder, und zwar in der Form eines Prosatexts, eines Gedichts, einer Buchrezension und eines Nachrufs. Und zu guter Letzt darf in anhaltenden Corona-Zeiten natürlich eine Serienbesprechung nicht fehlen.

Als Novum erscheint in dieser *HUch* mit *Der Umriss einer Leerstelle* ein dezidiert literarischer und vor allem autobiografischer Text, in dem Julia Savchenko sich an wichtigen Orten der eigenen und familiären Vergangenheit entlanghangelt und einen traurig-schönen Einblick in ihre Geschichte gibt.

Mit *Von Frauen an Frauen. Eine poetische Vermittlung* wagt Joana Georgi sich die Worte vergangener Generationen von Frauen vorzustellen. Dabei geht sie auf schmerzhaft Brüche und heilsame Verbindungen ein: Für eine Weiterführung des Kampfes.

Im Zuge des sechzigsten Jubiläums des deutsch-türkischen Abwerbeakmens beschäftigt sich Karla Hecks mit Mesut Bayraktars Roman *Aydin – Erinnerung an ein verweigertes Leben*. In ihrer Rezension mit dem Titel *Entwaffnende Ehrlichkeit* schreibt sie über eine weitere persönliche Geschichte. Diesmal die eines türkischen Gastarbeiters.

Kofi Shakur legt in seinem Text *Cedric J. Robinson: Ein Nachruf* berührend und anerkennend dar, warum wir uns alle mehr mit dem wissenschaftlichen und aktivistischen Erbe Robinsons auseinandersetzen sollten.

Den Abschluss macht Tea Collot mit *Die Hölle, in der wir leben*, einer Besprechung der Netflix-Erfolgsserie *Squid Game*, deren letztendlich neoliberalen Kern sie in einer scharfsinnigen Analyse herausarbeitet.

Wir wünschen viel Spaß mit diesen verschiedenen Formen des Zurück-Blickens, und hoffen, dass sie euch wie uns beim Nach-Vorne-Blicken auf die Sprünge helfen!

Eure *HUch*-Redaktion



# ARBEITER\_INNENKINDER ALLER HOCHSCHULEN, VEREINIGT EUCH!<sup>1</sup>

**JOSHUA SCHULTHEIS**

**Dass die Hürden, vor denen Arbeiter\_innenkinder im akademischen Umfeld immer wieder stehen, ernst genommen werden und ihnen begegnet wird, ist eine sehr neue Entwicklung. Verschiedene Initiativen der studentischen Selbstverwaltung haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema an den Hochschulen auf den Tisch kommt.**

Als der Soziologie-Student Andreas Kemper mit einigen Gleichgesinnten im Jahr 2003 das Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende (kurz: FikuS) an der Universität Münster gründete, scheute er sich noch, das Wort »Arbeiter\_innenkinder« zu benutzen. Das klinge zu sehr nach Klassenkampf, biete zu viel Angriffsfläche für Attacken von rechts und schrecke selbst viele Linke ab. Was hinter dem etwas verklausulierten Namen steht, war aber von Anfang an klar: eine Interessenvertretung für Studierende mit einer sogenannten »niedrigen Bildungsherkunft«, oder schlicht und einfach: für Arbeiter\_innenkinder. Andreas konnte damals das Referat gegen große Widerstände durchsetzen, es gibt es auch heute noch. Bis zur Gründung einer weiteren Interessenvertretung für Arbeiter\_innenkinder an einer deutschen Universität sollten aber mehr als 15 Jahre vergehen. Dann ging es jedoch schnell: In den letzten drei Jahren gründeten sich in kurzer Folge an zahlreichen Hochschulen Antiklassimus-Referate, ein Dachverband für den ganzen deutschsprachigen Raum ist im Aufbau. Damit dies möglich werden konnte, musste zum einen eine neue, engagierte Generation von studierenden Arbeiter\_innenkindern an den Start treten und zum anderen das Schweigen über Benachteiligung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft durchbrochen werden.

Zu dieser neuen Generation gehört Alex Zapf, die 2019 an ihrer Universität in Marburg zusammen mit einem Kommilitonen ein Arbeiter\_innenkinder-Referat gründete – erst das zweite in Deutschland. Ganz von vorne mussten die beiden dabei nicht anfangen, denn vor Ort gab es schon einen Arbeitskreis »Antiklassismus« und das FikuS in Münster hatte vorgemacht, wie eine institutionalisierte Interessenvertretung für Arbeiter\_innenkinder aussehen könnte. Dennoch gestaltete sich die Etablierung des Referats schwierig, denn es gab Widerstände in der Studierendenvertretung. Bei der entscheidenden Sitzung des Studierendenparlaments musste sich Alex gegen die typischen Einwände verteidigen: Klassismus gäbe es in unserer Leistungsgesellschaft gar nicht, sie selbst sei doch der beste Beweis, dass die soziale Herkunft den eigenen Bildungsweg nicht determiniere. Am Ende wurde das Arbeiter\_innenkinder-Referat mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen, allerdings unter dem Vorbehalt, dass es jederzeit wieder zurückgenommen werden kann. Für Alex war das ein Teilsieg. Gleichzeitig muss sie konstatieren: »Leider sind immer noch nicht alle bereit anzuerkennen, dass Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft in diesem Land existiert.«

Dabei zeigen die Zahlen überdeutlich, dass der Bildungserfolg eines Kindes in Deutschland stark von den finanziellen und kulturellen Ressourcen der Eltern abhängt. In den Statistiken des Deutschen Studierendenwerks zeigt sich dieser Zusammenhang seit vielen Jahrzehnten und spätestens mit der ersten PISA-Studie Anfang der 2000er wird darüber öffentlich diskutiert. Von 100 Arbeiter\_innenkindern nehmen aktuell 21 ein Hochschulstudium auf, nur eines erlangt den Doktorgrad. Von 100 Akademiker\_innenkindern gehen dagegen 74 studieren und 10 schaffen es bis zur Promotion. Je höher die Qualifikationsstufe, umso weniger Menschen wird man dort finden, deren Eltern nicht selbst schon studiert haben. Die Gründe dafür sind zahlreich: Bei gleichen Noten erhalten Akademiker\_innenkinder drei Mal häufiger eine Gymnasialempfehlung als ihre Mitschüler\_innen ohne studierte Eltern. Wer keine Aussicht auf ein großes Erbe hat, schreckt eher vor der Aufnahme eines Studiums zurück, weil das oft bedeutet, sich zu verschulden. Und bei der Suche nach einer Wohnung in einer angesagten Studierendenstadt hilft es, wenn Papa Arzt ist und den Mietvertrag unterschreibt.

Der Umstand, dass in einer sogenannten Leistungsgesellschaft wie der unseren manche mit einem goldenen Löffel im Mund geboren werden und andere nicht, liegt offen zutage. Das Problem wurde aber lange nicht beim Namen genannt, was auch darauf zurückzuführen ist, dass dieser Name in Vergessenheit geraten ist. Unter dem Begriff *classism* wurde schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gesellschaftliche Diskriminierung gefasst, die auf der Zugehörigkeit zu einer ökonomischen Klasse beruht. In der Folge hat sich aber in den westlichen Industrienationen eine Erzählung durchgesetzt, nach der es jedem Einzelnen möglich sei, durch eigene Anstrengung und harte Arbeit jedes noch so unvorteilhafte Los wieder auszugleichen. Als sich Andreas Kemper vor knapp 20 Jahren daran machte, Formen der Selbstorganisation für von Klassismus betroffene Studierende zu finden, war die Zeit dafür noch nicht reif und seine Sache stieß noch auf großes Unverständnis.

In den letzten Jahren hat sich das Bild aber stark gewandelt: Mit der deutschen Übersetzung von Didier Eribons *Rückkehr nach Reims*<sup>2</sup> ins Deutsche wurde auch hierzulande eine Welle von Publikationen losgetreten, in der sich Bildungsaufsteiger\_innen mit ihrer proletarischen Herkunft und mit dem Stigma, das damit verbunden ist, auseinandersetzen. Ein Unterstützungsverein für sozial benachteiligte Schüler\_innen und Studierende, der sich ohne viel Aufhebens ArbeiterKind.de nennt, wird mit Preisen und medialer Aufmerksamkeit überhäuft. Und nach der Gründung eines Referats für Arbeiter\_innenkinder an der Universität in Marburg kamen in kurzer Folge welche in Köln und München hinzu, weitere sind in Berlin, Frankfurt am Main, Hildesheim und weiteren Städten in Planung.

Diese Entwicklung wurde wiederum nicht zuletzt von Andreas Kemper vorbereitet, der nach seinem Studium klassenbedingte Diskriminierung erforschte und damit dazu beitrug, das Konzept des Klassismus wiederzubeleben. Den Grund dafür, dass seine Arbeit schließlich doch noch auf fruchtbaren Boden fiel, sieht Kemper vor allem in großen gesellschaftlichen Umwälzungen: Der Mythos vom sozialen Aufstieg für alle, die sich nur genug anstrengen, habe heute endgültig jede Glaubwürdigkeit verloren. Während die Reichen immer reicher werden, versperrt sich für alle anderen der Zugang zu Wohlstand und gesellschaftlichen

Spitzenpositionen zusehends. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit unserer kapitalistischen Gesellschaft lässt sich immer schlechter leugnen und damit steigt das Interesse an einer anderen Art und Weise, diese Realität zu beschreiben.

Diese Veränderung spürt auch Richard Dietrich, der seit 2017 das FikuS in Münster leitet. Während seiner Amtszeit häuften sich die Anfragen von Studierenden, die an ihrer Uni ebenfalls ein Arbeiter\_innenkinder-Referat gründen wollten. Richard nahm gerne die Gelegenheit wahr, anderen Betroffenen zu helfen, und sein Wissen darüber zu teilen, wie man den Antrag für ein Referat durch die verschiedenen Uni-Gremien bekommt, wie eine Satzung dafür aussehen sollte, wen man für Vorträge und Workshops über Klassismus gewinnen könnte. Er ist froh, dass an deutschen Universitäten nun einiges in Bewegung kommt. Seine eigenen frühen Studienerfahrungen waren von Befremden und dem Gefühl des eigenen Ungenügens geprägt. Sein Wunsch: »So vielen Betroffenen wie möglich klarmachen, dass die Hürden und die Ablehnung, die sie im Bildungssystem erleben, kein Individualversagen sind, sondern ein strukturelles Problem.«

Auch sein Vorgänger, Andreas Kemper, engagiert sich nach fast 20 Jahren noch für die Belange der Arbeiter\_innenkinder an Hochschulen. In diesem Jahr konnte er erleben, wie der unter seiner Beteiligung entstandene deutschlandweite Verein zum Abbau von Bildungsbarrieren seine Arbeit aufnahm. Das Projekt wurde bereits 2010 ins Leben gerufen, schief damals aber wegen zu geringen Interesses schnell wieder ein. Jetzt wurde es, getragen von den vielen neuen Arbeiter\_innenkinder-Referaten, wieder aktiviert. Der Verein fungiert als Dachverband für die unterschiedlichen, jeweils an ihren Unis gewählten Referent\_innen, die wiederum auch den Vorstand im Verband stellen. Damit bleibt die demokratische Legitimation gewahrt.

Das erste gemeinsame Projekt, das sich der Verein vorgenommen hat, ist die Herausgabe der Zeitschrift *Dishwasher* im ganzen deutschsprachigen Raum.<sup>3</sup> Bisher war sie nur an der Uni Münster erschienen. Dieses ›Magazin von und für Arbeiter\*innenkinder‹ dient der Selbstverständigung der von klassistischer Diskriminierung Betroffenen, denen bei ihrem Eintritt in die akademische Welt oft die Worte fehlen, um die manchmal unsichtbaren Barrieren zu beschreiben, auf die sie stoßen. Im *Dishwasher* sollen Erfahrungen und theoretisches wie praktisches Rüstzeug geteilt werden, um dieser Sprachlosigkeit etwas entgegenzusetzen. Noch fehlt allerdings das Geld, um das Magazin in großer Auflage zu drucken. Der Verein hat daher einen Spendenaufruf gestartet. Danach hofft man, dass sich das Magazin durch die erzielten Erlöse selbst tragen kann.

Vorstandsvorsitzende des Vereins ist neben Richard Dietrich aus Münster die Kölner Biologiestudentin Laura Beische. 2019 hatte sie mit ein paar Mitstreiter\_innen an ihrer Uni das Autonome Referat für anticlassistisches Empowerment ins Leben gerufen. Der unverblümt kämpferische Name des Referats zeigt, wie viel selbstbewusster heute von Klassismus betroffene Studierende ihr Anliegen vortragen können. Laura glaubt, der Trend zu immer sichtbarer werdendem anticlassistischen Engagement werde auch in Zukunft anhalten. Dem Dachverband, dem sie vorsitzt, soll dabei in Zukunft eine wichtige Rolle zukommen: Er soll die verschiedenen Initiativen und Gruppen, die sich für mehr Bildungschancen von Arbeiter\_innenkindern einsetzen, miteinander vernetzen und ihnen finanziell unter die Arme greifen. »Diese Arbeit ist heute so wichtig wie eh und je«, findet Laura, »die Corona-Pandemie hat erneut eindrücklich gezeigt, wie sehr Klassenunterschiede nach wie vor unsere Gesellschaft und unser Bildungssystem prägen«.

## SPENDEN

Verein zum Abbau von Bildungsbarrieren e.V.

Sparkasse Münsterland Ost  
DE 93 400501500000511709  
WELADED1MST

... oder mit Paypal:  
[paypal.me/vereinzabiba](https://paypal.me/vereinzabiba)

- 1 Eine Version dieses Textes erschien zuerst in der Juli-Ausgabe der E&W (Magazin der GEW).
- 2 Didier Eribon: *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp, 2016.
- 3 Online unter: [www.dishwasher-magazin.de](http://www.dishwasher-magazin.de)

# DESIDERIUS-ERASMUS-STIFTUNG – DIE AfD AUF DEM CAMPUS!

MARCUS  
KELL

Die Bundestagswahl und der zweite Einzug der AfD ins Parlament bedeuten auch für den Uni-Campus Veränderung – und Bedrohung. Vor dem Hintergrund einer möglichen Finanzierung der Desiderius-Erasmus-Stiftung stellt sich die Frage, was auf die Studierendenschaft nun zukommt.

Bisher gibt es in Deutschland sechs anerkannte Stiftungen, die mit Parteien im Bundestag verbunden sind: die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES–SPD), die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS–CDU), die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS–CSU), die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNS–FDP), die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS–Die Grünen) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS–Die Linke). Alle sechs erhalten staatliche Gelder zur Finanzierung ihrer Aufgaben als Stiftung. Diese umfassen in der Regel drei Themenschwerpunkte: politische Bildungsarbeit, Studienförderung (wissenschaftliche Forschung) und demokratiefördernde Auslandsprojekte.<sup>1</sup>

Der Rahmen der Förderung ist dabei recht offengehalten. Hauptvoraussetzung für eine Stiftungsfinanzierung ist die Anerkennung durch eine im Bundestag vertretene Partei als ihre parteinahe Stiftung. Zusätzlich muss diese Partei mindestens zweimal in den Deutschen Bundestag eingezogen sein.<sup>2</sup> Die AfD ist bei der Bundestagswahl 2017 erstmalig in den Bundestag eingezogen, die Anerkennung der Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) als der AfD nahe stehend erfolgte erst 2018, nach einem internen Parteistreit zwischen ihr und der Gustav-Stresemann-Stiftung, die ebenfalls diese Rolle angestrebt hatte.<sup>3</sup> Dabei überrascht es nicht, dass die Köpfe der Desiderius-Erasmus-Stiftung auf Parteilinie sind und inhaltlich für die Positionierungen der AfD stehen.<sup>4</sup>

Mit dem Wiedereinzug der AfD in den Bundestag am 26.09.2021 ist die Desiderius-Erasmus-Stiftung nun erstmals finanzierungsberechtigt. Wie hoch die Summe sein wird, die der Stiftung nun zufällt, ist noch nicht genau bekannt. Die Verteilung der gesamten Stiftungsgelder (ca. 600 Millionen pro Jahr) übernimmt der Haushaltsausschuss des Bundestages. Eine recht konservative Schätzung spricht jedoch von 7 Millionen Euro im Jahr 2022 und einer Verdopplung dieser Summe ab 2023, die der AfD-Stiftung zustehen könnte. Die AfD selbst geht von einer Summe von 50–80 Millionen über die nächsten Jahre aus. Die genauen Zuteilungen übernehmen die Stiftungen dabei untereinander in Absprache.

Auf ihrer Internetpräsenz frisst die DES Kreide und gibt sich den Anstrich einer gemäßigten Organisation. So hantiert sie mit Zitaten von Hannah Arendt, oder gibt vor, einen »Völkerverständigungsgedanken« zu verfolgen.<sup>5</sup> Auf der Website der Bildungsstätte Anne Frank findet sich ein Überblick zu einzelnen



Verantwortlichen bei der Stiftung. Jede dieser Personen vertritt höchst problematische Positionen. Im aktuellen Vorstand finden sich als stellvertretende Vorsitzende Dr. Klaus Peter Krause und Dr. Joachim Keiler. Krause, ein ehemaliger Redakteur der FAZ, tritt inzwischen nur noch als Autor für Publikationen in Erscheinung, die der neurechten Bewegung zugeordnet werden (*Junge Freiheit* und *eigentümlich frei*). Dr. Joachim Keiler ist Mitglied des Landtags für die AfD in Sachsen und vertritt die entsprechenden politischen Positionen. Inhaltlich mit absurden Relativierungen hinsichtlich des NS, wie etwa seiner auf Twitter verbreiteten Vermutung, dass Erwin Rommel wegen »seiner Menschlichkeit beliebt« gewesen wäre.<sup>6</sup> Und praktisch fällt er in seiner anwaltlichen Tätigkeit als Verteidiger im Prozess um die Beschuldigten im Fall der rechtsextremen Freital-Gruppe auf.<sup>7</sup> Im medialen Zentrum und als Vorsitzende der DES nimmt Erika Steinbach sicher eine Schlüsselposition ein. Sie war bis 2017 in der CDU aktiv und dort dem rechtskonservativen Flügel zuzuordnen. Bis 2014 war sie Vorsitzende des berüchtigten Bundes der Vertriebenen<sup>8</sup> und fiel schon zu dieser Zeit durch geschichtsrevisionistische Positionen auf.<sup>9</sup> Im weiteren Verlauf ihrer Karriere (ob 2016 im Kontext der Flüchtlingsbewegungen<sup>10</sup> oder während der Corona-Pandemie<sup>11</sup>) ist Erika Steinbach ihrer Linie treu geblieben und findet dabei Zuspruch bis in die tiefsten Ecken des rechtsextremen Lagers. So wurde ihr zuletzt selbst aus den Reihen ihrer ehemaligen Partei eine moralische Mitschuld am Tod von Walter Lübcke attestiert, den sie zuvor über ihre Social-Media-Accounts für seine Geflüchtetenpolitik angeprangert hatte.<sup>12</sup> Der ehemalige Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) wurde 2019 in seinem Wohnhaus von einem Rechtsextremisten erschossen.

Wofür ein Großteil der zu erwartenden Stiftungsgelder eingesetzt werden dürfte, erscheint daher recht eindeutig. Meron Mendel von der Anne-Frank Bildungsstätte prognostiziert, dass

»die Desiderius-Erasmus-Stiftung in Schulen und Hochschulen aktiv wird, und dort bislang ›unsagbare Positionen‹ beispielsweise in der Flüchtlingspolitik etabliert«. Dass dies keine übertriebene Sorge ist, bestätigt die AfD dann auch unmittelbar selbst in Form des Vorsitzenden ihrer Jugendorganisation, der Jungen Alternative, Carlo Clements: »Die erste Hoffnung liegt ja auf der Hand, nämlich die Gewinnung, Förderung und akademische, geistesgeschichtliche Ausbildung von Studenten, die uns grundsätzlich nahestehen.«<sup>13</sup> Dies bedeutet, dass die Stiftung in Zukunft versuchen könnte, direkt an den Universitäten neue Generationen rechter Kader heranzuziehen.

Zwar gibt es von verschiedenen Seiten Bestrebungen, diese Entwicklung noch zu verhindern, aber ob dies gelingen kann, ist fraglich. Die sechs anderen Stiftungen haben sich bereits gegen eine Zusammenarbeit ausgesprochen, die Anne Frank Bildungsstätte versucht seit einigen Wochen, mit einer groß angelegten Aufklärungskampagne das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen und auch im Bund wird über die Verabschiedung einer Demokratie-Klausel, bzw. strengeren Vorgaben für Stiftungen, um die antidemokratischen Bestrebungen der AfD zum Ausschlusskriterium für eine Stiftungsfinanzierung zu machen, nachgedacht.<sup>14</sup> Dabei muss die vom Bund angedachte Demokratie-Klausel differenziert betrachtet werden, denn sie betrifft nicht nur die jeweiligen Organisationen und Stiftungen, sondern erweitert sich auch auf die von ihnen geförderten Projekte. Gerade aus konservativen Kreisen ist bereits in der Vergangenheit im Geiste der Hufeisentheorie der Versuch erfolgt, dies gegen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte antifaschistische Projekte einzusetzen, was die RLS bereits 2011 in einem Beitrag kommentiert hat.<sup>15</sup>

Dass die DES nun also mit einer recht großen Wahrscheinlichkeit von nicht geringen Summen staatlicher Gelder Gebrauch machen können wird ist, insbesondere vor dem Hintergrund mit Sorge zu betrachten, dass die AfD seit Jahren versucht, an den Universitäten Fuß zu fassen. Dort vertretene progressive Ansätze, ein allgemeines Klima der Offenheit und Selbstbestimmung stehen im extremen Gegensatz zu ihren gesellschaftlichen Vorstellungen und sind ihnen ein Dorn im Auge. Bisher erfolgten diese Angriffe entweder über politischen Druck und Forderungen<sup>16</sup>, oder über die Aufstellung eigener Studierenden-Listen zu den Wahlen der Studierendenparlamente. Dabei treten die Gruppen mittlerweile offen auf, wie beispielsweise 2018 an der FU Berlin<sup>17</sup>, oder in verdeckter Form, wie schon 2016 in Kiel zu sehen war.<sup>18</sup>

Es bleibt zu vermuten, dass in nächster Zeit der Versuch rassistischer und antisemitischer Menschen, Parteien und Stiftungen, an den Universitäten Einfluss zu gewinnen, noch deutlich zunehmen wird. Bei den daraus resultierenden Folgen geht es nicht nur um die Sicherheit auf dem Campus, gerade für marginalisierte Gruppen, sondern auch um eine weitere Steigerung im *Gewöhnungsprozess* an rechtsradikale Positionen. Die Bildungseinrichtungen sind im besten Fall ein Eckpfeiler für den Anstoß *emanzipativer* gesellschaftlicher Veränderungen und die Vermittlung von Grundwerten an folgende Generationen. Diese jetzige Ausgangslage ist über Jahre hinweg hart erkämpft und erarbeitet worden und damit keine Selbstverständlichkeit. Noch bis in die 50er Jahre waren viele Universitäten Hort konservativer Lehre, ehemaliger NSDAP-Kader und rechter Burschenschaften. Dieses Erbe wurde erst mit den Hochschulreformen ab 1960 langsam verdrängt. So bleibt es am Ende auch die Aufgabe jeder einzelnen studierenden Person, des Professoriums und anderer Statusgruppen an den Universitäten, hasserfülltes Gedankengut vom Campus fernzuhalten. Die AfD oder die Desiderius-Erasmus-Stiftung in den universitären Alltag zu inkludieren, spricht eben nicht für ein *schmerzhaftes* Erfüllen der Demokratiedefinitionen, sondern ist die fatale Türöffnung für eine regressive, antidemokratische Wende.

- 1 Bundeszentrale für politische Bildung: *Politische Stiftungen*, online unter: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)
- 2 Bildungsstätte Anne Frank e.V.: *Kein Geld für die AfD*, online unter: [www.kein-geld-fuer-die-afd.de](http://www.kein-geld-fuer-die-afd.de)
- 3 Nadine Lindner: *AfD will parteinahe Stiftung benennen*, 09.03.2018, Deutschlandfunk, online unter: [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de)
- 4 Bildungsstätte Anne Frank e.V.: *Köpfe der Stiftung*, online unter: [www.stiftungstrick-der-afd.com](http://www.stiftungstrick-der-afd.com)
- 5 Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V., online unter: [www.erasmus-stiftung.de](http://www.erasmus-stiftung.de)
- 6 Bundesverband RIAS e.V., Tweet vom 19.10.2018, online unter: [https://twitter.com/report\\_antisem/status/1053270059542548480?s=21](https://twitter.com/report_antisem/status/1053270059542548480?s=21)
- 7 Alexander Schneider: *Terror Prozess: ›Wir werden geflutet‹*, 12.09.2020, Sächsische Zeitung, online unter: [www.saechsische.de](http://www.saechsische.de)
- 8 Samuel Salzborn: *Deutsche zuerst*, konkret, online unter: [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com)
- 9 Robert Zurek: *Steinbach will Geschichte umkrempeln*, 05.03.2009, Frankfurter Rundschau, online unter: [www.fr.de](http://www.fr.de)
- 10 ZEIT ONLINE: *Geschmacksloser geht's nicht*, 28.02.2016, online unter: [www.zeit.de](http://www.zeit.de)
- 11 Till Eckert: *Für Erika Steinbachs Behauptung über die Herkunft von Corona-Patienten gibt es keine Grundlage*, 25.02.2021, CORRECTIV, online unter: [www.correctiv.org](http://www.correctiv.org)
- 12 Carolin Wollschied: *›Du trägst Mitschuld an seinem Tod‹*, 24.06.2019, Frankfurter Allgemeine Zeitung, online unter: [www.faz.net](http://www.faz.net)
- 13 Nadine Lindner: *Wird die Desiderius-Erasmus-Stiftung bald öffentlich gefördert?*, 25.07.2021, Deutschlandfunk, online unter: [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de)
- 14 Gareth Joswig: *Mehr wehrhafte Demokratie wagen*, 30.09.2021, taz, online unter: [www.taz.de](http://www.taz.de)
- 15 Friedrich Burschel: *Auf ein Wort: Extremismus*, Mai 2011, Rosa-Luxemburg-Stiftung, online unter: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)
- 16 Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: *Stellungnahme zum Antrag der AfD-Landtagsfraktion*, 04.02.2019, online unter: [www.stura.uni-halle.de](http://www.stura.uni-halle.de)
- 17 Allgemeiner Studierendenausschuss der Freien Universität Berlin: *Stellungnahme zur ›Campus Alternative Berlin‹ an der Freien Universität Berlin – rechte Studierendengruppe mit AfD-Verbindung*, 06.12.2018, online unter: [www.astafu.de](http://www.astafu.de)
- 18 Udo Carstens: *BFS verheimlicht AfD Nähe – und wir von Studenten abgestraft*, 15.06.2016, shz, online unter: [www.shz.de](http://www.shz.de)

# STELLUNGNAHME ZUM RÜCKTRITT VON SABINE KUNST

**REFERENT\_INNENRAT (REFRAT)  
DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT BERLIN<sup>1</sup>**

Am 26.10.21 hat die Präsidentin der Humboldt-Universität, Sabine Kunst, im Akademischen Senat ihren Rücktritt zum Jahresende verkündet. Wir begrüßen die Rücktrittsentscheidung, da Frau Kunst aus unserer Sicht maßgeblich für viele Probleme der Universität und vor allem für die Zerstörung des demokratischen Miteinanders an dieser Institution verantwortlich ist.

Es scheint, als sei das Hochschulverständnis der scheidenden Unipräsidentin, dass Exzellenz an der HU nur mit Ausbeutung funktioniere. Nachdem in der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes (BerLHG) umfassende Entfristungen beschlossen wurden, war die Humboldt-Universität unter ihrer Leitung die Erste, die angekündigt hat, keine PostDocs<sup>2</sup> mehr einzustellen. Etwas später kam dann der Rückzieher dieser Ankündigung, und nun der Rücktritt von Sabine Kunst mit der Begründung, dass unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr weitergearbeitet werden könne.

Vor etwas über einem Jahr wurde Frau Kunst gegen die Proteste und rechtlichen Bedenken der Studierendenschaft wiedergewählt<sup>3</sup>. Die Liste der Skandale und Missstände der letzten Jahre ist inzwischen so lang, dass wir sie nicht einmal mehr vollständig in der diesjährigen Rede zur feierlichen Immatrikulation unterbringen konnten<sup>4</sup>.

Frau Kunst ist in ihrer Amtszeit persönlich verantwortlich für die Räumung einer Studentischen Vollversammlung durch die Polizei, sie hat sich geweigert, ihre Dienstaufsichtspflicht nach dem tödlichen Angriff eines Professors auf einen Studierenden wahrzunehmen und hat die rassistische Diskriminierung bei Bewerbungen von Studierenden aus dem Ausland durch den Verein uni-assist vorangetrieben. Außerdem hat sie die Studierendenschaft verklagt, um für die AfD eine Namensliste von politisch aktiven Studierenden zu erstellen.

Unter Sabine Kunst wurden alle nicht-professoralen Statusgruppen weitestgehend ignoriert, anstatt konstruktiver Zusammenarbeit wurde versucht, die HU durchzuregieren. Wir wünschten, wir könnten uns für die gute Zusammenarbeit bedanken, nur gibt es da leider nichts, wofür wir uns bedanken könnten.

Die Entfristung von PostDoc-Stellen in der Novelle des BerLHG ist ein wichtiger Schritt zur Entprekarisierung des akademischen Mittelbaus. Die Umsetzung der Novelle ist innerhalb der bisherigen Unistrukturen anspruchsvoll, aber eine Herausforderung, der sich gestellt werden muss. Exzellenz bedeutet in unserer Auffassung nicht eine möglichst profitable Weiterentwicklung der HU, sondern eine Universität, an der selbstbestimmtes Studieren und Arbeiten keine Utopie ist.



Der RefRat hofft, dass sich die Schäden der Ära Kunst schnell beheben lassen und die Fehler der vergangenen Jahre nicht wiederholt werden. Wir als Studierendenvertreter\_innen sind bereit, jetzt konstruktiv gemeinsam an einer besseren Zukunft für die HU zu arbeiten. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Bedenken und Bedürfnisse aller Statusgruppen gehört und ernst genommen werden. Deshalb muss das Kuratorium jetzt schnell das Verfahren für die Nachfolgefindung einleiten.

<sup>1</sup> Version vom 27.10.2021, leicht redaktionell bearbeitet.  
Originale Version online unter: [www.refrat.de](http://www.refrat.de)

<sup>2</sup> Wissenschaftler\_innen, die nach Beendigung einer Promotion den Doktorgrad erlangt haben und nun an einer Universität oder Forschungsstelle befristet tätig sind.

<sup>3</sup> Referent\_innenrat: Keine Wiederwahl der amtierenden Präsidentin Kunst!, Pressemitteilung, 21.09.2020, online unter: [www.refrat.de](http://www.refrat.de)

<sup>4</sup> Referent\_innenrat: Immatrikulationsrede 2021, 19.10.2021, online unter: [www.refrat.de](http://www.refrat.de)



# KONTINUITÄT DES KAMPFES

**GÜNSEL  
YILMAZ**

**Um der Scheinheiligkeit der deutschen, bürgerlichen Erinnerungskultur entgegenzutreten, wird in diesem Beitrag die Wichtigkeit der wilden Streiks der 1970er Jahre für unser kämpferisches Gedächtnis betont.**

9 Im Gegensatz zur bürgerlichen Erinnerungskultur stellt linkes Erinnern eine andere Form des Gedenkens dar. In der bürgerlichen Form des Gedenkens steht die Erinnerung an die eigene deutsche Täterschaft im Vordergrund und wird aus diesem Grund häufig kritisiert. In diesem Fokus manifestieren sich, so die Kritiker\_innen, das Bild des guten Deutschen, der aus der eigenen Täterschaft gelernt habe; eine analysierende und kritisierende Herangehensweise und damit einhergehend tatsächliche politische Umbrüche – beispielsweise die Installation eines antifaschistischen Staates oder eine umfangreiche Entnazifizierung – hat in der BRD bis heute keinen Platz. Stattdessen steht das Erinnern für den symbolischen Beweis einer Lehre, die das deutsche Volk aus der eigenen Geschichte gezogen haben soll.

Linkes Erinnern möchte es besser machen, indem es weder die Perspektive der Täter\_innen in den Vordergrund stellt, noch die potenzielle eigene Täter\_innenschaft leugnet. Wie kann dieses Erinnern aussehen? Wie kann erinnert werden, ohne ohnmächtig zu gedenken? Im Folgenden wird eine Version dieses linken Erinnerns vorgestellt, die nicht still und statisch betrauert, sondern Erkenntnisse in der Vergangenheit ausmacht, die zur notwendigen Voraussetzung der Eröffnung der Möglichkeit einer anderen Lebensweise werden. Um den lähmenden Charakter des Erinnerns zu limitieren, gilt es ein Beispiel der Geschichte zu finden, das sowohl das Scheitern der deutschen Zustände belegt, als auch Hoffnung bringt.

Arbeitskämpfe und andere Vereinigungen progressiver Kräfte verweisen auf eine Kontinuität des Kampfes und der Hoffnung auf die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung frei von Ausbeutung und Knechtung und erinnern gleichzeitig an die Unzulänglichkeit der Umsetzung aufgrund der verfehlten Vollständigkeit der Veränderungen. In den wilden Streiks der 1970er Jahre beispielsweise führte diese fehlende Umfänglichkeit der Durchsetzung des Progressiven in einen allgemeinen vernünftigen Zustand zum Erstarken der Reaktion auf Emanzipation in ihrer regressivsten Dimension.

## **ÜBER DIE HERRSCHENDE REGRESSION**

Nicht nur die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl, bei der die AfD<sup>1</sup> über 10 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnte, sondern auch die ständig herrschenden Gewalttaten gegen Geflüchtete und die Ermordung von ausländischen Personen widerlegen dieses Selbstverständnis der BRD. Für das Jahr 2019 wurden 22342 politisch motivierte Straftaten der rechten

Szene vom Bundeskriminalamt gelistet.<sup>2</sup> In Hanau wurden neun migrantische Personen von einem deutschen Faschisten getötet. Der NSU ist immer noch nicht vollständig aufgeklärt und der Prozess wie die Verurteilung war in Anbetracht der Straftaten und Ermordungen durch die faschistischen Haupttäter und V-Männer eine Zumutung und Respektlosigkeit für die Angehörigen der Opfer und für alle anderen Überlebenden.<sup>3</sup>

Die Zustände in Deutschland sind seit dem Scheitern der Installation eines antifaschistischen, sozialistischen Staats nach 1945 und der damit verbundenen gescheiterten Entnazifizierung der BRD in Bezug auf Rassismus und Gewalt gegenüber nichtdeutschen Personen ähnlich: Nichtdeutsche Personen in Deutschland sind in allen Bereichen tendenziell schlechter gestellt als ihre deutschen Mitmenschen, indem sie unter schlechteren Arbeitsbedingungen unattraktiven Tätigkeiten nachgehen und damit einhergehend ihre Lebensweise und -gestaltung stark eingeschränkt wird. Sie werden auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert, finden schwerer besser bezahlte Jobs und ihre Leistungen in Bildungsstätten werden weniger honoriert als die ihrer deutschen Mitschüler\_innen.

## **GESCHICHTE DER ZUWANDERUNG NICHTDEUTSCHER ARBEITSKRÄFTE IN DER BRD**

Die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte war nach dem Sieg über das faschistische Deutschland notwendige Voraussetzung der kapitalistischen BRD, um die Produktion zu steigern, da es nach Kriegsende an Arbeitskräften mangelte. Es wurden Abkommen geschlossen, unter anderem mit dem türkischen und dem italienischen Staat und anderen, die eine Zuwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland insbesondere für ihren Einsatz in der deutschen Bau-, Schwer-, Auto-, und Chemieindustrie ermöglichte. Es entstand das Phänomen der Gastarbeiter\_innenschaft, die einen Aufenthalt auf Zeit vorsah, worauf schon die Bezeichnung selbst hinweist. Andere Bedingungen der Aufnahme der Arbeitskräfte waren gesundheitliche Voruntersuchungen und andere sogenannte Vorsichtsmaßnahmen des deutschen Staats, die zur Entmenschlichung der Arbeiter\_innen beitrugen. Insbesondere der Anspruch ledig zu sein und damit leicht unterzubringen, führte diese Form der Arbeiterschaft an die Grenzen der Menschenwürdigkeit. Zudem führten die Gastarbeiter\_innen meist Tätigkeiten aus, die von deutschen Arbeitskräften nicht geleistet werden wollten: Dazu gehörte die Fließbandarbeit, die Arbeit in der Chemieindustrie und in den Stahlwerken, so wie andere schwere körperliche Tätigkeiten. Sie wurden schlechter bezahlt als ihre deutschen Kolleg\_innen und durch ihre prekäre Lebensweise waren sie sowohl Arbeiter\_innen als auch Menschen zweiter Klasse. Diese deutsche Überlegenheit bestärkte die rassistische Grundgesinnung der Deutschen und entlud sich in den unterschiedlichsten Formen von Übergriffen und Gewalt gegenüber nichtdeutschen Arbeiter\_innen. Die deutsche Vormachtstellung sowohl am Arbeitsplatz als auch daraus folgend in der Ordnung der Gesellschaft führte zu einem neuen deutschen Selbstbild: die guten Deutschen, die ihren Reichtum und ihre Arbeit mit Nichtdeutschen teilen.<sup>4</sup> Die deutsche Selbstgefälligkeit lässt sich verstärkt in der bürgerlichen, besitzenden Klasse verorten, also diejenige Klasse, die die ausländischen Arbeitskräfte einstellte und zur Produktion von Waren benötigte. Durch die Überzeugung von der eigenen Überlegenheit der Deutschen in Verbindung mit der tatsächlichen

Vormachtstellung derselben entstanden absurde Ansprüche an die nichtdeutschen Arbeiter\_innen. Sie waren gezwungen sich unterzuordnen, dankbar zu sein, obwohl sie weniger verdienten und ihre Entmenschlichung und Schlechterstellung in ihrer Tätigkeit hinzunehmen.

In den deutschen Teilen der proletarischen Klasse war die Einstellung der Überlegenheit durch die eigene Vormachtstellung zwar ebenso verbreitet, allerdings muss an dieser Stelle die Konkurrenzsituation erwähnt werden, die im Umgang mit der starken Abneigung der Arbeiter\_innen untereinander auch in den folgenden Beispielen eine wichtige Rolle gespielt hat. Durch die Beschaffung ausländischer Arbeitskräfte gerieten die deutschen Arbeitskräfte unter Druck, da sie zunächst einmal um ihren eigenen Arbeitsplatz fürchten müssen, wenn neue Arbeiter\_innen den Arbeitsmarkt betreten. Diese Konkurrenz sorgt dafür, dass die Angestellten durch die ständige Befürchtung, ersetzt zu werden, in dem prekären Arbeitsverhältnis bleiben und sich vereinzeln. Durch die ausländischen Arbeiter\_innen wird ein Niedriglohnsektor geschaffen, der die Lage aller durch die daraufhin mögliche Bedrohung des Ersetztwerdens durch billigere Arbeitskräfte verschlechtert. Insbesondere der deutsche Staat hat durch die europäische Vormachtstellung die Möglichkeit entweder über Arbeitsmigration oder Outsourcing die Kosten der Produktion durch die niedrige Entlohnung zu senken. Die damit verbundene ständige Bedrohung der Arbeitslosigkeit schafft bei der lokalen Arbeiterschaft Existenzängste und erhöht ihre Folgebereitschaft, was sich unter anderem an der vermehrten Milde und Kompromissbereitschaft deutscher Gewerkschaften ablesen lässt. Es verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Deutschen ebenso wie die der ausländischen Arbeiter\_innen, auch wenn der Niedriglohnsektor zunächst für nichtdeutsche Arbeitskräfte eingerichtet worden ist. Diese Spannungen innerhalb der proletarischen Klasse und die Situation auf dem Arbeitsmarkt spitzten sich immer weiter zu und führten in den 70er Jahren zu einigen wilden Streiks der sogenannten Gastarbeiter\_innen.

### ARBEITSKÄMPFE DER SOG. GASTARBEITER\_INNEN

Im erfolgreichsten Streikjahr von 1973 streikten mindestens 275.000 Arbeiter\_innen und Angestellte in rund 335 Betrieben spontan und unabhängig von den Gewerkschaften.<sup>5</sup> Diese Form der wilden Streiks wurde gewählt, weil die Gastarbeiter\_innen<sup>6</sup> von deutschen Gewerkschaften kaum repräsentiert wurden, da die proletarische Klasse in vielen Betrieben tief gespalten war und die neuen Arbeiterkräfte nicht als zur eigenen Klasse zugehörig wahrgenommen wurden. Einerseits verdienten die Gastarbeiter\_innen faktisch weniger und entlasteten durch ihre Leistung – die Übernahme niederer Tätigkeiten – die deutschen Arbeiter\_innen auf eine Art, dass diese kein Interesse haben konnten an diesen Zuständen etwas zu verändern, andererseits bestärkte die materielle – also tatsächliche – Schlechterstellung dieser migrantischen Arbeitskräfte die rassistischen Überzeugungen der Deutschen, die auch nach der offiziellen Beendigung des faschistischen Regimes weiter vorherrschten. So ignorierte die IG Metall beispielsweise die Inklusion der Forderungen dieser Arbeiter\_innen, weswegen diese sich dann für einen wilden Streik entschieden.

Die zwei bekanntesten Streiks waren der Streik im Sommer 1973 bei Pierburg und bei Ford in Köln. Der Streik bei Pierburg fing damit an, dass griechische Arbeiterinnen Flugblätter in verschiedenen Sprachen im Betrieb verteilten, in denen sie über die Zustände ihres Arbeitsverhältnisses aufklärten und zum Streik aufriefen. Sie wurden daraufhin von öffentlicher Seite kriminalisiert und von den Arbeitgebern eingeschüchtert. Als die Polizei kam, um sie festzunehmen, wehrten sich die Frauen, die Polizei beleidigte die Arbeiterinnen rassistisch und setzte körperliche Gewalt ein, um die Frauen festzunehmen.

Durch dieses rassistische und herablassende Verhalten der Polizei solidarisierten sich die deutschen Kolleginnen, nachdem sie von den betroffenen Frauen erfuhren, was geschehen war und streikten gemeinsam mit den nichtdeutschen Arbeiterinnen unter der Forderung »1 Mark mehr!«. Durch diesen Zusammenschluss zwangen sie durch die Niederlegung der Arbeit die Vorgesetzten zur Abschaffung der untersten Lohngruppe, die für die ausländischen Arbeiterinnen eingerichtet worden war. Der Lohn wurde allgemein auf 65 Pfennig pro Stunde erhöht.<sup>7</sup>

Der Streik bei Ford verlief ähnlich, nur, dass sich dort die deutschen Arbeiter und die Gewerkschaften gegen die streikenden nichtdeutschen Arbeiter<sup>8</sup> stellten. Auslöser des Streiks war die Entlassung 300 Arbeiter, die verspätet aus dem Urlaub zurückgekommen waren. Die hauptsächlich türkischen Gastarbeiter beschwerten sich über diese Unrechtmäßigkeit und solidarisierten sich mit den Entlassenen, da diese in der Türkei lediglich ihre Familie und Freunde besucht hatten. Ein weiterer Faktor war die bereits erwähnte Ignoranz der Forderungen der Gastarbeiter durch die eigene Gewerkschaft IG Metall. Als die durch die 300 Entlassungen entstandene Mehrarbeit von den übrigen migrantischen Arbeitskräften übernommen werden sollte, spitzte sich die Lage in Köln zu: Es wurde sieben Tage lang vorwiegend von türkischen Arbeitern gestreikt, einige italienische und deutsche Arbeiter schlossen sich dem Streik an, in dem unter anderem eine Mark mehr Lohn, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Wiedereinstellung der Entlassenen gefordert wurde. Der Betriebsrat führte erfolglose Gespräche mit der Betriebsleitung. Die Gewerkschaften spalteten die Belegschaft, indem sie sich auf die Seite der Forderung nach friedlicher Umsetzung der Vorsitzenden stellten. Das hatte zur Folge, dass die deutschen Arbeiter\_innen mit den Gewerkschaften gegen den Streik der Gastarbeiter\_innen demonstrierten. Während dieser Demonstrationen forderte die Geschäftsführung Polizeikräfte an, die den Streik gewaltsam beenden sollten. Eine Person, die als Streikführer ausgemacht wurde, wurde in die Türkei ausgewiesen, weitere 100 Streikende wurden fristlos entlassen und 600 Gastarbeiter\_innen wurden zur Kündigung gezwungen. Der Betriebsrat unternahm nichts gegen dieses gewaltsame Vorgehen der Geschäftsleitung.<sup>9</sup>

### FÜR DIE NOTWENDIGKEIT EINES LINKEN ERINNERNS

Die Arbeitskämpfe von 1973 belegen den Einfluss rassistischer Überzeugungen im Arbeitskampf und ihren Einsatz durch bürgerlich-konservative Kräfte zur Spaltung der proletarischen Klasse. Bis heute führen ähnliche Herangehensweisen der Betriebsleitungen zur Vereinzelung der Arbeiter\_innen und zur Subjektivierung des Leids. Dass sich ausgerechnet die Gastarbeiter\_innen aus der Türkei, aus Italien und aus Griechenland solidarisierten und zum Arbeitskampf vereinigten, lag an den Zuständen der Länder aus denen sie stammten, in denen revolutionäre Kämpfe gegen das Kapital geführt wurden und starke gesellschaftliche Umbrüche zur Verbreitung des sozialistischen Wissens und Kampfes führten.<sup>10</sup> Sie erinnerten sich an die eigene Fähigkeit zur Ermächtigung und wussten von der Umsetzung von Streik und Arbeitskampf. Linkes Erinnern muss dieses Wissen konservieren und weitertragen! Ausländische Arbeitskräfte arbeiten bis heute in prekären Arbeitsverhältnissen, es bilden sich neue Formen derselben. Die Arbeitsmigration wird durch die politischen Entscheidungen und Handlungen der BRD aufrechterhalten. Auf diese Weise bleibt die rassistische Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise des deutschen Staates erhalten. Erinnernd an die progressiven Kräfte und Kämpfe von 1973 besteht die Notwendigkeit des Antifaschismus und Antirassismus, der Vereinigung deutscher und nichtdeutscher Arbeiter\_innen und der Solidarisierung mit »fremden« Kämpfen entgegen der rassistischen Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.

Darin enthalten ist die Erkenntnis der eigenen potenziellen Täter\_innenschaft und die Erkenntnis über die Entscheidungsfähigkeit über dieses negative Potenzial hinaus zu handeln.

### KURZE ANMERKUNG ZUR IDENTITÄTSPOLITIK UND IHRER KRITIK

Aus dieser Haltung folgt die strikte Zurückweisung des Beißreflexes in Zusammenhang mit identitätspolitischen Zusammenschlüssen. Die Geschichte der Arbeitskämpfe und anderen progressiven Entgegensetzungen nichtdeutscher Personen beweist die Dringlichkeit dieser Kämpfe in der Umsetzung des progressiven Allgemeinen, die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und die darin enthaltene Ausbeutung und Knechtung von Arbeiter\_innen, von weiblich gelesenen Subjekten und ausländischen Personen im Besonderen. Die Vereinnahmung identitätspolitischer Zusammenschlüsse durch die bürgerliche Ideologie in Form von Repräsentationspolitik gilt es weiterhin abzulehnen. Die ursprüngliche Notwendigkeit identitärer Zusammenschlüsse nichtdeutscher Personen allerdings resultierte aus dem Ausschluss dieser Personen aus politisch progressiven Zusammenschlüssen, einerseits aufgrund von rassistischen Vorbehalten, andererseits aus eigenen deutschen Interessen der Erhaltung der Misere der betroffenen Nichtdeutschen. Dieses negative Potenzial, weiter oben als potenzielle Täter\_innenschaft bezeichnet, anzunehmen und zu überwinden, bedeutet das Motiv identitärer Politik nichtdeutscher Personen anzunehmen und in der Solidarisierung mit den Kämpfen und der Unterstützung über die Gruppengrenzen hinaus gemeinsam zu überwinden. Die Unterstellung regressiver Absichten aufgrund einer solchen Organisationsweise verkennt das eigene negative Potenzial, befeuert die Vereinnahmung dieser progressiven Kräfte durch die bürgerliche Ideologie und seinen Vertretern und reproduziert auf die herablassenste Art die eigene deutsche Vormachtstellung.

### FAZIT

Es gibt eine Kontinuität der Arbeitskämpfe in der Geschichte und aus ihr lässt sich progressives Handeln ableiten. Das Erinnern an 1973 verhindert Stagnation und reaktionäre Anwendungen in heutigen Entscheidungs- und Handlungsfragen. Es gibt positives Potenzial auch in der geschwächten Position des Progressiven heute, man darf nur nicht müde werden daran zu erinnern. Im Wissen der bisherigen Kämpfe liegt die Notwendigkeit zur Einigung deutscher und nichtdeutscher Arbeitskräfte gegen die Verhältnisse unter denen die proletarische Klasse geknechtet und ausgebeutet wird. Die Verbreitung der Erinnerung an gelungene gemeinsame Kämpfe ermöglicht einen Zusammenschluss gegen die herrschende Regressivität in Form der kapitalistischen Produktionsweise und der darin enthaltenen hierarchischen Ordnung von Gesellschaft – ihren Rassismen und Sexismen.

- 1 Die AfD (Alternative für Deutschland) wird in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet. Aufgrund von personellen und ideologischen Überschneidungen zur nationalsozialistischen und neofaschistischen Szene Deutschlands kann die AfD als faschistische Partei bezeichnet werden.
- 2 Vgl.: Bericht: *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen*. Veröffentlicht am 12.02.2020
- 3 Zum Weiterlesen: [www.kein-schlussstrich.de/hintergrund/](http://www.kein-schlussstrich.de/hintergrund/)
- 4 Dieses deutsche Gönntertum besteht bis heute und erschien zuletzt am deutlichsten in der Frage der Möglichkeit europäischer Rettungsschirme für die durch die Finanzkrise am meisten geschädigten europäischen Länder des Südens, insbesondere Griechenland und Italien. Unterschlagen wurde jedoch, aus welchem Grund ebendiese Länder am meisten durch die Finanzkrise gelitten hatten und welches Handeln in diesem Zusammenhang eine solche Krise in erster Linie ausgelöst hatte.
- 5 Vgl.: Efsun Kızılay: *Migration und Arbeitskämpfe: Ein Blick zurück in die Zeit der »Gastarbeiter\*innen« und ihre Kämpfe in der BRD der 1970er Jahre*, 2020. Online: Letzter Zugriff am 15.10.2021 unter: [www.rosalux.de/publikation/id/42811/migration-und-arbeitskaempfe](http://www.rosalux.de/publikation/id/42811/migration-und-arbeitskaempfe)
- 6 Im Folgenden wird die Bezeichnung kritisch übernommen, um die Einordnung des Phänomens zu vereinfachen.
- 7 Vgl.: Efsun Kızılay: *Migration und Arbeitskämpfe: Ein Blick zurück in die Zeit der »Gastarbeiter\*innen« und ihre Kämpfe in der BRD der 1970er Jahre*, 2020. Online: Letzter Zugriff am 15.10.2021 unter: [www.rosalux.de/publikation/id/42811/migration-und-arbeitskaempfe](http://www.rosalux.de/publikation/id/42811/migration-und-arbeitskaempfe)
- 8 Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten hauptsächlich Männer bei dem Autokonzern.
- 9 Vgl.: Efsun Kızılay: *Migration und Arbeitskämpfe: Ein Blick zurück in die Zeit der »Gastarbeiter\*innen« und ihre Kämpfe in der BRD der 1970er Jahre*, 2020. Online: Letzter Zugriff am 15.10.2021 unter: [www.rosalux.de/publikation/id/42811/migration-und-arbeitskaempfe](http://www.rosalux.de/publikation/id/42811/migration-und-arbeitskaempfe)
- 10 Vgl. Ebd.: »Viele dieser Arbeiter\*innen hatten ein starkes politisches Bewusstsein. Meist stammten sie aus Ländern, die zu jener Zeit einschneidende politische Umbrüche erlebten. In Griechenland, Portugal und Spanien bestanden bis Mitte der 1970er Jahre Diktaturen, in der Türkei gab es in den 1970er Jahren eine starke Organisation von Arbeiter\*innen und zahlreiche Streiks, auch aus dem sozialistischen Jugoslawien waren Arbeiter\*innen nach Deutschland gekommen.[5] Arbeiter\*innen aus Griechenland organisierten von Deutschland aus den Widerstand gegen die Militärjunta und Arbeiter\*innen aus der Türkei, wo Gewerkschaften unter staatlicher Repression litten, gründeten Vereine in Deutschland. Aus Italien, wo die Kommunistische Partei als zweitstärkste Partei im Parlament vertreten war, brachten Arbeiter\*innen beträchtliche Streikerfahrungen mit nach Deutschland. So versuchten migrantische Arbeiter\*innen, die Erfahrungen aus ihren Herkunftsländern über gewerkschaftliche Tätigkeit in Arbeitskämpfen zu kanalisieren.[6]«



# IMAGINE HIER AUJOURD'HUI<sup>1</sup>

ELIO NORA  
HILLERMANN

In der Betrachtung des eigenen Umgangs mit dem, was im Rahmen sozialer Bewegungen erlebt wurde und wird, lassen sich Spuren einer bestimmten Form der persönlichen Erinnerung finden, die als politische Praxis in der Gegenwart gedacht werden kann.

Mehr als zwei Jahre ist es nun her, dass ich an dieser Stelle in der HUCH#89 meinen ersten Artikel zu den *Gilets Jaunes* veröffentlicht habe.<sup>2</sup> Verfasst habe ich ihn, als ich selbst noch in Paris war und, vom Strudel des politischen Geschehens bewegt, den Versuch unternahm, zu erfassen, was um mich herum geschah. Viel Zeit ist vergangen, seit diese turbulenten Ereignisse mich eingenommen haben und der Alltag – zurück in Berlin – hat die Erfahrungen dieser Monate in den Hintergrund rücken lassen. Vor einigen Wochen hat mich ein Dokumentarfilm über die *Gilets Jaunes* unerwartet in diese Zeit zurückkatapultiert und Gedanken losgetreten.

Einerseits war ich Teil dieser Bewegung, weil ich an Demonstrationen und Versammlungen teilgenommen habe, und andererseits war ich nie *wirklich* Teil von ihr, da ich im Gegensatz zu den meisten *Gilets Jaunes*, die aus erdrückender Prekarität auf die Straße gegangen sind, die Absicherung finanzieller und emotionaler Stabilität im Rücken hatte, die mit meinem bürgerlichen Hintergrund einhergeht, und einen großen Unterschied zu den Protagonist\_innen der Gelbwestenbewegung bedeutet hat. Treffender wäre also zu sagen, dass ich aus Solidarität teilgenommen habe an dem, wofür andere den Weg bereitet haben und enorme Risiken eingegangen sind. Dennoch, oder auch gerade deshalb, war diese Zeit so einschneidend und hat meine Perspektive auf die Welt in vielerlei Hinsicht verändert und Prozesse in mir angestoßen, die auch heute noch nicht beendet sind. Unglaublich dankbar bin ich den Menschen, die dies möglich gemacht haben. Neben diesen warmen Gedanken hat das aktive Zurückblicken auf diese Zeit auch Fragen nach dem Umgang mit meinen eigenen Erinnerungen, sowie nach dem Verhältnis von aktivem Gestern und vermeintlich passivem Heute aufgeworfen.

Es geht mir in diesem Text also weniger um linkes Erinnern im Allgemeinen – also nicht darum, wie wir etwa mit dem Erbe der Realsozialismus der Sowjetunion, der 68er Bewegung oder vergangenen revolutionären Kämpfen rund um den Globus umgehen sollten – sondern darum, wie sich unsere *eigenen* Erfahrungen von Widerstand, emanzipativer Praxis oder kollektiven linken Erlebnissen in unsere Gegenwart einschreiben. Ich möchte die Frage stellen, inwiefern Erinnern als Alltagspraxis verstanden werden kann und wie diese Formen des Erinnerns sich auf die Möglichkeit zukünftiger Kämpfe auswirken.

## BILDER IM DUNKELN UND PERSÖNLICHES ERINNERN

Der Film, den ich vor kurzem sehen durfte und der diese Gedanken angestoßen hat, trägt den Titel *Imagine demain on gagne*, was auf Deutsch so viel heißt wie *Stell' dir vor, wir gewinnen morgen*.<sup>3</sup> Er handelt von einer Gruppe *Gilets Jaunes*, die in Saint-Nazaire – einer kleinen Stadt an der französischen Atlantikküste – im Winter 2018 gemeinsam ein Gebäude besetzten und zu einem sogenannten *maison du peuple* (Volkshaus) machten. Das Haus diente nicht nur der politischen Arbeit wie der Vorbereitung von Blockaden und Demonstrationen, und der Abhaltung der *assemblée des assemblées* (Versammlung der Versammlungen),<sup>4</sup> sondern war auch ein Wohnort, an dem Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen einen Alltag teilten. Indem dieser Alltag ins Zentrum des Films gestellt wird, steht letzterer im Gegensatz zu vielen anderen filmischen Repräsentation der Gelbwestenbewegung,<sup>5</sup> denn er verzichtet weitgehend auf dramatische Gewaltdarstellungen. Er konzentriert sich stattdessen auf das, was seine Protagonist\_innen im Alltag tun: Gemeinsam essen, bauen, diskutieren, erzählen.

Der Film eröffnet damit einen Raum für die Gedanken und Geschichten von Einzelpersonen, ihre Motive und Ängste. Damit wird die persönliche Erfahrung politischer Praxis archiviert, und so im Nachhinein ein Nachvollziehen von emanzipativem, kollektivem Handeln ermöglicht, welches über das Spektakel im öffentlichen Raum hinausgeht. Wird der Film also als ein Stück Erinnerung an diese Bewegung betrachtet, so ruft er auf den Plan, was für das Verständnis von Erinnerung, das ich hier entwickeln möchte, wichtig ist: dass Erinnerung zutiefst persönlich ist, und sich kein Begriff von ihr fassen lässt, in dem das erinnernde Subjekt und seine emotionale Verbindung zum Gewesenen aus der Gleichung herausgestrichen werden könnte. Es ist dies auch insofern eine zutiefst feministische Perspektive auf den Erinnerungsbegriff, als dass politische Erinnern damit immer auch ein persönliches Erinnern ist.

## DINGE ANDERS TUN UND ERINNERN ALS PRAXIS

Ein zweites Element der Vorstellung von Erinnerung, die ich hier ansprechen möchte, findet sich in dem, was der Film – laut den Machern des Films selbst<sup>6</sup> – im Kern aussagt: dass die *Gilets Jaunes* in einem gewissen Sinne tatsächlich gewonnen haben, nämlich insofern sich für sie in ihrem Leben Dinge radikal und – für manche – zum Guten verändert haben. Dies zeigt sich deutlich in einer Szene zu Ende des Films, in der einige Jugendliche, die sich in der *maison du peuple* kennengelernt haben, ihre Gedanken zu den vorangegangenen Monaten teilen. Sie erzählen, dass sie zum ersten Mal wirklich ein Leben im Kollektiv erfahren haben; dass sie Menschen in ihr Leben gelassen haben, an denen sie vorher auf der Straße vorbeigelaufen wären, ohne aufzusehen; dass sie unzählige praktische Dinge zu tun gelernt haben, an die sie vorher nicht auch nur gedacht hätten; und dass sie Worte gelernt haben für gesellschaftliche Unterdrückungsformen, mit denen sie nun einordnen und kanalisieren können, was vorher nur als diffuse Unmut in ihnen war. Eine Person sagt sogar, dass sie ein anderer Mensch geworden sei. All diese jungen Individuen werden, nachdem die *maison du peuple* geräumt wurde und sich die Gelbwestenbewegung im Sande verlaufen hat, Dinge in ihrem Alltag *anders* getan haben und tun, sie werden seither über die Gesellschaft *anders* nachdenken,

und sie werden immer das Wissen um die Möglichkeiten eines Lebens im Kollektiv in sich tragen, das sich ständig aktualisieren lässt. Diese Perspektive auf eine der wichtigsten sozialen Bewegungen der letzten Jahre verweist auf etwas, was als zentrales Moment des hier untersuchten Verständnisses von linker Erinnerung gefasst werden kann: dass (linkes) Erinnern ein praktischer Prozess ist, der mit einem Ereignis beginnen mag, und auch noch viel später in unseren Alltag hineinreicht. Sich zu erinnern bedeutet, etwas von dem, was war, im Hier und Jetzt immer wieder umzusetzen.

Dieses Verständnis von Erinnerung als Praxis in der Gegenwart ist durchaus nicht neu.<sup>7</sup> So findet sich schon bei Walter Benjamin, der zu Anfang des 20. Jahrhunderts schrieb, eine Perspektive auf Erinnerung, die einerseits ihren Gegenwartsbezug, und andererseits ihren praktischen Gehalt sichtbar macht. In seinem viel zitierten Text *Über den Begriff der Geschichte* schreibt er: »Auf den Begriff der Gegenwart, die nicht Übergang ist, sondern in der Zeit einsteht und zum Stillstand gekommen ist, kann der historische Materialist nicht verzichten. Denn dieser Begriff definiert eben die Gegenwart, in der er für seine Person Geschichte schreibt. Der Historismus stellt das ›ewige‹ Bild der Vergangenheit, der historische Materialist eine Erfahrung mit ihr, die einzig dasteht.«<sup>8</sup> Benjamin artikuliert Erinnerung hier im Kontext der Methode des Historischen Materialismus, der in seinem Verständnis den Umgang mit der Vergangenheit als etwas betrachtet, was wir in der Gegenwart tun, also eine Erfahrung des Gewesenen im Hier und Jetzt. Dadurch wird die Vorstellung eines starren Kontinuums zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufgesprengt,<sup>9</sup> und das Gewesene mit dem Gegenwärtigen in ein produktives Wechselverhältnis gestellt. Es ist dieses über die Praxis vermittelte Verhältnis von Gegenwart und Vergangenheit, das bei ihm unter den Begriff des Eingedenkens fällt.<sup>10</sup> Noch viel deutlicher kommt das Erinnern als Praxis bei Benjamin in seinem Text *Der Erzähler* zum Ausdruck, in dem er ein emanzipatives Erinnern als die von Generation zu Generation verlaufende mündliche Weitergabe des Gewesenen darstellt.<sup>11</sup> Zudem wird dort der kollektive und alltägliche Charakter des Erinnerns deutlich gemacht: »Geschichten erzählen ist ja immer die Kunst, sie weiter zu erzählen, und die verliert sich, wenn die Geschichten nicht mehr behalten werden. Sie verliert sich, weil nicht mehr gewebt und gesponnen wird, während man ihnen lauscht.«<sup>12</sup> Das Erinnern wird hier also in den Kontext der handwerklichen Arbeit eingebettet und lässt sich entsprechend unter dem Blickwinkel einer Alltagspraxis fassen. An dieses Verständnis möchte ich für die hier betrachtete Form der Erinnerung anschließen. Dabei geht es mir weniger darum, wie wir mit Geschichten umgehen, die vor unserer Zeit geschehen sind, sondern um die Erinnerungsspanne des eigenen Lebens, des eigenen Erfahrungshorizonts. Es geht darum, dass wir in unserem Alltag, gemeinsam mit anderen Menschen, auf unterschiedliche Art und Weise das wiederaufleben lassen, was wir zuvor durchlebt haben — und dass dies als praktisches Erinnern gefasst werden kann.

### GELERNTES AUSGRABEN

In dieser Optik einer Alltagspraxis des Erinnerns spielt der Aspekt des Lernens eine zentrale Rolle. Wenn wir in bestimmten Momenten unsere Lebens Dinge *neu* getan haben, eine *andere*, spezifische Qualität des Zusammenlebens erfahren oder uns in als befreiend erlebten Praktiken wiedergefunden haben, so sind all dies Situationen, in denen wir bestimmte Praktiken *erlernt* haben. Und gerade wenn diese als positiv erlebt wurden, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass wir sie später in unserem Alltag wiederholen. Dabei kann es sich um unglaublich viele unterschiedliche Dinge handeln: um eine Art und Weise, in der Gruppe Konsensentscheidungen zu treffen; um das Erlebnis, gemeinsam zu kochen und zu essen und sich dabei die Aufgaben zu teilen; um einen Moment, in dem wir gemeinsam zum ersten

Mal etwas tun, was wir uns zuvor oder alleine nie getraut hätten; um Situationen der Konfrontation mit anderen Lebensrealitäten und Geschichten, die uns dazu bringen, unsere eigene Position in der Welt in einem neuen Licht zu betrachten und zu hinterfragen — die Liste ließe sich lange fortführen. Es handelt sich also beim Erinnern um einen Prozess der alltäglichen Integration von erlernten Praktiken und Erfahrungswissen.

### UNBEWUSSTE UND HIERARCHIEFREIE(RE) ERINNERUNG

Wenn linkes, emanzipatives Erinnern auf diese Art und Weise als Alltagspraxis verstanden wird, lässt sich ein weiterer Charakterzug dieser Form der Erinnerung aufzeigen: sie ist weniger als bewusste Erinnerung präsent, sondern tritt häufig in den Hintergrund, ins Unbewusste, ist aber immer unterschwellig da und wirkt sich auf das aus, was wir tagtäglich tun. Sie begleitet uns. Gleichzeitig lässt sich vor dem Hintergrund des Lernens ebenso feststellen, dass die Prozesse des Erlernens von Praktiken, die später in der Erinnerung aktualisiert werden, nie abgeschlossen sind. In jedem Moment der Gegenwart stoßen wir potenziell auf Praktiken, die wir lernen und später in Erinnerung neu umsetzen. So wird der Prozess des Erinnerns zu einem sich fortwährend aufbauenden Band, in dem die Vergangenheit mit der Gegenwart verwoben ist. Mit dieser Perspektive verliert auch das Gewesene seine Exklusivität, und es lässt sich die Hierarchisierung von ›großen politischen Ereignissen‹ der Vergangenheit gegenüber den kleinen Revolutionen im Alltag der Gegenwart (oder umgekehrt) ein Stück weit auflösen. Denn es schreibt sich ebenso wie das Barrikadenbauen auch das sorgsame Nachfragen und Zuhören in einen Strang an Praktiken ein, an dem wir uns immer wieder festhalten können. Die Erfahrung der Möglichkeit solidarischer Praxis wird somit auch ein Faktor der Stabilität, von dem ausgehend sich emanzipative Fluchtlinien für die Zukunft denken lassen.

### WAS WIR MORGEN DAMIT TUN

Damit ist die Frage nach der Rolle des Erinnerns für die Möglichkeiten einer solidarischen, emanzipativen und vielleicht sogar revolutionären Praxis in der Zukunft gestellt. Denn das Erfahrungswissen um die reale Möglichkeit dieser Formen des Zusammenlebens und -handelns in der Gegenwart — ein Wissen darum, wie es sich anfühlt, Dinge frei und selbstbestimmt zu tun — gibt uns das Vertrauen, dass ihre Aktualisierung auch in Zukunft möglich sein wird. Entsprechend ist die Erinnerung an diese Erfahrungen und die praktische Integration des Erlernten in unseren Alltag zentral dafür, Bedingungen für eine linke politische Praxis zu schaffen, die langfristig die Kraft hat, gesellschaftliche Veränderung zu tragen.

Das bedeutet auch, dass Erinnern immer politisch ist. Denn die (bewusste oder auch unbewusste) Entscheidung, *welche* meiner erlernten Handlungen ich in der Gegenwart reproduziere, hat einen Einfluss darauf, was für Bilder des Zusammenlebens langfristige Perspektiven erhalten, und welche Türen wir uns in Kollektiven, Freund\_innenkreisen, Wohnzusammenhängen, Beziehungskonstellationen, Arbeitsgruppen und vielen anderen Kontexten eröffnen. Diese Idee, dass Erinnerungen und ihre alltägliche Aktualisierung in der Praxis das Potential haben, uns neue Welten zu eröffnen, findet sich in einem Text zu queeren Utopien von José Muñoz: »Erinnerung ist ganz bestimmt konstruiert und, viel wichtiger, immer politisch. Wofür ich [...] argumentiere, ist, dass unsere Erinnerungen und ihr ritualisiertes Erzählen [...] weltenschaffende Potentiale aufweisen.«<sup>13</sup> Dies bedeutet, dass Erinnerung zwar ein unbewusster Lernprozess sein kann, der unbemerkt abläuft, aber auch, dass sie eine Konstruktion ist, die erst durch das entsteht, was wir jeden Tag tun und wie wir uns zu zuvor Gelerntem verhalten. Entsprechend können wir aktiv intervenieren und uns dafür entscheiden,

bestimmte Praktiken zu erinnern und zu aktualisieren, um sie in die Handlungsweisen unserer Kollektive einzuschreiben. Es geht also darum, langfristig in so vielen Räumen wie möglich emanzipative Praktiken zu etablieren und gemeinsam ein solidarisches Zusammenleben und -handeln zu konstruieren. Es geht darum, Zusammenhänge herzustellen, in denen wir uns jeden Tag in unserem Tun gegenseitig daran erinnern, was war, was wir wollen, und wo wir zusammen hingehen möchten.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir uns als Linke vom ›Rest der Gesellschaft‹ abkapseln und uns mit unseren Praktiken um uns selbst drehen sollten. Im Gegenteil: Es ist zentral, dass sich *alle* Menschen – und vielleicht gerade diejenigen, die wir nicht automatisch zu den bereits bestehenden linken Kreisen zählen würden – von der Euphorie gelebter Solidarität prinzipiell anstecken lassen können. Und dass ganz viele Menschen in ihrem Alltag solidarische, emanzipative Praktiken umsetzen, ohne dass diese notwendigerweise in bestehende linke Narrative verwoben sind, obwohl sie dort hinzugezählt gehören. Es gibt also nicht *die eine* Art und Weise, solidarisch, emanzipativ oder revolutionär zu handeln. Gesellschaftliche Veränderung lässt sich nur denken, wenn so viele Menschen wie möglich diesen Funken erleben dürfen, der in der Praxis einer solidarischen Gemeinschaft steckt. Und wie dieser gezündet wird, hängt maßgeblich von den Menschen ab, die sich auf das gemeinsame Projekt einlassen, und ist je nach historischer Situation einzigartig. Die Gilets Jaunes haben dies auf eindruckliche Art und Weise gezeigt.

- 1 Stell' dir gestern heute vor.
- 2 Veröffentlicht als Nora Hillermann unter dem Titel *Gelb sehen*, HUch#89, S. 5–7. In der Ausgabe 90 erschien dann ein Folgetext, in dem es unter anderem um Subjektivierungsprozesse der Gilets Jaunes geht. Vgl. Elio/Nora Hillermann: *Gelb sehen in grün*, HUch#90, S. 7–10.
- 3 Arthur Thouvenin und François Langlais: *Imagine demain on gagne*, 2020.
- 4 Diese Versammlungen waren die überregionalen Treffen mit Delegiertenstruktur, wo Vertreter\_innen lokaler Gelbwesten-Gruppen zusammenkamen.
- 5 Wie etwa: David Dufresne: *Un pays qui se tient sage*, 2020.
- 6 Die beiden Regisseure des Films waren bei der Filmvorstellung anwesend und haben die folgende Kernaussage tatsächlich sehr genau so formuliert.
- 7 ... und hochaktuell, wie in dieser von der Rosa-Luxemburg Stiftung geförderten Publikation artikuliert wird: »Den Prozess des Erinnerns verstehen wir als politische Praxis, die es ermöglicht, über persönliche Geschichten Gemeinsamkeiten ausfindig zu machen und in strukturelle Verhältnisse zu überführen.« Lydia Lierke und Massimo Perinelli: »Intro«, in: *Erinnern stören*, Berlin: Verbrecher Verlag, 2020. (Hervorheb. E.N.H.)
- 8 Walter Benjamin: »Über den Begriff der Geschichte«, in: *Gesammelte Schriften Band I–2*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2017, S. 702.
- 9 Vgl. ebd., S. 701.
- 10 Vgl. ebd.
- 11 Walter Benjamin: »Der Erzähler«, in: *Gesammelte Schriften Band II–2*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2017, S. 438–465.
- 12 Ebd., S. 447.
- 13 José Esteban Muñoz: *Cruising Utopia: The Then And There Of Queer Futurity*, New York: New York University Press, 2009, S. 35. Übers. E.N.H., im Orig.: »Memory is most certainly constructed and, more important, always political. The case I make [...] posits our remembrances and their ritualized tellings [...] as having world-making potentialities.«

# THE DIE RELEVANZ UND M



# SAME OLD STORY – ÜBER MODERNE FORMEN LINKER GESCHICHTSARBEIT

TILMAN  
BÄRWOLFF

Ein aktives linkes Erinnern ist wichtig, um die Geschichtsschreibung nicht den Herrschenden zu überlassen. Ebenso relevant ist es, dass dieses Erinnern allen zugänglich ist – und also auch in der Gegenwart entsprechenden, digitalen Formaten stattfindet.

17 In Gesprächen über die Relevanz der Geschichte und Vergangenheit linker Bewegungen wird immer wieder ein ähnlicher Einwand angebracht: Warum sollten wir uns mit Ereignissen beschäftigen, die bereits hunderte Jahre zurück liegen? Dieser Einwand kann als symptomatisch dafür verstanden werden, welchen Stellenwert die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte heute in linken und emanzipatorischen Kreisen hat. Eine kurze Einschätzung würde an dieser Stelle lauten: keinen besonders hohen. Im selben Zusammenhang steht, dass linke Politik heute oftmals in einem geschichtslosen Raum agiert. Gruppen und Kampagnen fangen in ihrer Arbeit immer wieder bei null an, ohne auf die Erkenntnisse des vergangenen Jahrhunderts linker Geschichte zurückzugreifen. So bietet sich erst gar nicht die Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, bei der Erfolge und Misserfolge evaluiert werden. Vielmehr wird die bürgerliche Geschichtsschreibung, welche – Überraschung – an der linken Historie oft kein gutes Haar lässt, oftmals unkritisch übernommen. Damit stellt sich also die Frage, warum es heute überhaupt noch linke Erinnerungsarbeit braucht. Was kann sie bewirken und welchen Stellenwert sollte sie in unserer politischen Arbeit einnehmen?

## FÜR EINE LINKE ERINNERUNGSKULTUR

Warum es wichtig ist, sich der eigenen Geschichte bewusst zu machen, beschrieb der linke Historiker Howard Zinn bereits 1970 in seinem Essay *What is Radical History?*.<sup>1</sup> Der Autor des Bestsellers *A People's History of the United States* zeigt hier, ausgehend von der Fragestellung, wie die Geschichtsschreibung Menschen in eine humanistische Richtung weisen könne, fünf grundlegende Annahmen einer radikalen Geschichtsschreibung, welche bis heute fundamental für eine linke Erinnerungskultur sein können.<sup>2</sup>

Zunächst biete sie die Möglichkeit, unsere Wahrnehmung dafür zu schärfen, dass wir alle gleichermaßen Opfer desselben Systems sind. Denn auch, wenn unsere Probleme global oft dieselben sind – Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung, Abbau von Bürger\_innenrechten, um nur einige zu nennen – machen die eigenen Privilegien oder regionale Besserstellung das geteilte (Klassen-)Interesse oft vergessen. Nach Zinn könne es durch den Blick in die Geschichte einfacher sein, diese Trennung zu durchstoßen. Ein Blick in die Vergangenheit gebe Problemen, die heute vergänglich wirken, Tiefe und Intensität. Nach Zinn: »If the same situation appears at various points in history, it becomes not a transitory event, but a long-range condition, [...]

a structural deformity requiring serious attention.«<sup>3</sup> Man denke hier nur an den Kolonialismus, welcher hierzulande erst seit einigen Jahren im öffentlichen Diskurs angelangt ist und dort kritisch reflektiert wird, aber schon seit Jahrhunderten die Lebensrealität der Menschen im globalen Süden prägt, was ein kurzer Blick in die Geschichte leicht bestätigen wird.

Darüber hinaus kann es eine radikale Geschichtsschreibung schaffen, subtile Ideologien, die unsere Kultur durchziehen, zu exponieren. Ideen wie jene, dass wir in der besten aller Gesellschaften leben, der Westen der Verteidiger der *Freiheit* auf der Welt sei, oder dass jede\_r es gleichermaßen schaffen könne, durch individuelle Anstrengung zu Ruhm und Reichtum zu gelangen. Mit einer radikalen Geschichtsauffassung seien wir in der Lage, die Natürlichkeit des status quo, der uns umgibt, zu durchbrechen und sie im historischen Kontext in ihrer Lächerlichkeit zu entlarven, so Zinn.

Demgegenüber biete eine radikale Geschichtsschreibung uns die Chance, die wenigen Momente in der Zeit greifbar zu machen, in denen die Möglichkeit einer besseren Welt gezeigt wurde: »History cannot provide information that something better is inevitable; but it can uncover evidence that it is conceivable«<sup>4</sup>, so Zinn.

## DIGITALISIERTE ERINNERUNG

Die Beschäftigung mit linker Geschichte kann heute mehr sein, als sich durch staubige Archive zu wälzen, sondern lässt sich perfekt in das tägliche Scrollen durch die eigenen Social-Media-Kanäle integrieren. Vorreiter dieser digital-kompatiblen Erinnerungsarbeit dürfte ohne Zweifel der Kanal Working Class History (WCH)<sup>5</sup> sein. Schon seit 2014 hat sich das Kollektiv der emanzipatorischen Geschichte (lohn-)arbeitender Menschen – der Working Class – verschrieben. Und das in Form von leicht verdaulichen Posts, Podcasts, einem YouTube Kanal und auch in physischer Gestalt von Kalendern oder Büchern. Von der Geschichte der Gewerkschaft International Workers of the World, kurz IWW, in Kanada, über ein Zeitzeugengespräch mit einem Mitglied der Group 43, einer Gruppe britischer Antifaschist\_innen in der Nachkriegszeit, bis zur herzerwärmenden Erzählung vom griechischen »Riot Dog« Loukanikos, welcher in Athen über Jahre hinweg Demonstrationen und Riots<sup>6</sup> begleitete – quer über das (links-)politische Spektrum hinweg ordnet WCH diese Erzählungen und Augenzeugenberichte in die Geschichte weltweiter emanzipatorischer Bewegungen ein und macht sie so auch aus heutiger Perspektive greifbar. Unter dem Motto »History isn't made by kings and politicians, it is made by us«<sup>7</sup> setzt WCH einen Gegenpol zur Geschichtsschreibung bürgerlicher Historiker\_innen, bei denen die Perspektive von unten oft zu kurz kommt oder gar nicht in der offiziellen Geschichtsschreibung erscheint.

Ein Beispiel für digitale linke Geschichtsbearbeitung in Deutschland ist das Portal *Autonome Geschichte*<sup>8</sup>, das hauptsächlich auf Twitter linksradikale und außerparlamentarische Geschichte dokumentiert. Ein Schwerpunkt ist hier vor allem die (primär west-)deutsche Autonome Bewegung der 1980er und 90er Jahre. Gespickt mit vielen originalen Demo-Plakaten, Dokumentationen von Mitteilungen der mannigfaltigen Kleingruppen und Zeitungsausschnitten ergibt sich auf dem Kanal ein lebendiges Bild dieser Periode jüngerer linker Zeitgeschichte.

Man muss nicht alles an dieser modernen Form linker Geschichtsbearbeitung gutheißen. Oftmals verkürzen diese sehr kondensierten Beiträge den Kontext, in welchem sich ein geschichtliches Ereignis zugetragen hat. Ein Like ersetzt eben nicht die intensive Beschäftigung mit einer historischen Begebenheit. Bei aller Kritik bilden die digitalen Formen der Erinnerung vielen (oftmals nur anpolitisierten) Menschen dennoch einen guten Ausgangspunkt, um eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu beginnen.

### AUS ALT MACH NEU

Auffällig dabei ist: Mit vielen, aber sicherlich nicht allen Problemen, denen emanzipatorische Bewegungen heute gegenüber stehen, hatten auch lange vor uns schon Menschen zu kämpfen. Sei es die Schwierigkeit, den richtigen Weg zur Organisation von arbeitenden und unterdrückten Menschen zu finden, der exzessiven Gewalt staatlicher Strukturen zu begegnen oder einfach die leidliche innere Spaltungs- und Zerpflückungstendenz der politischen Linken, welche uns schon seit Anbeginn begleitet. Trotz allem zeigt die Geschichte aber auch: Der Kampf für eine bessere, eine gerechtere Welt wird nicht erst seit gestern geführt. Er ist schon zahllose Generationen alt.

In der Geschichte der politischen Linken können wir dabei auf einen breiten Fundus ebendieser Momente zurückgreifen: nämlich solche, in denen Solidarität vor Vereinzelung stand, in denen versucht wurde, ein Zusammenleben unter der Maßgabe der Menschlichkeit und nicht dem des Profits zu ermöglichen. Dieser Momente sollten wir uns erinnern – und uns nicht ausschließlich der Geschichtsschreibung nach bürgerlich-kapitalistischer Façon bedienen. Denn wenn wir nicht unsere eigene Geschichte schreiben, werden es andere für uns tun.

- 1 Howard Zinn: »What is Radical History?«, in: *The Politics of History*, 1970, online unter: [www.historyisaweapon.com](http://www.historyisaweapon.com)
- 2 Angemerkt sei, dass sich Zinn in seinem Text v.a. auf die Vereinigten Staaten bezog. Ich halte seinen Essay nichtsdestoweniger relevant für den deutschen und europäischen Kontext.
- 3 Übersetzung d. Autors: »Wenn dieselbe Situation an verschiedenen Punkten der Geschichte erscheint, ist sie kein vergängliches Ereignis, sondern eine langanhaltende Bedingung, [...] eine strukturelle Deformität, welche dringende Aufmerksamkeit benötigt.«
- 4 Übersetzung d. Autors: »Die Geschichte kann keine Informationen darüber bieten, dass etwas Besseres unvermeidbar ist, aber sie kann Belege dafür enthüllen, dass es vorstellbar ist.«
- 5 Online unter: [www.workingclasshistory.com](http://www.workingclasshistory.com)
- 6 Zu Deutsch: (gewaltsamer) Aufstand
- 7 Übersetzung: »Geschichte wird nicht von Königen oder Politiker\_innen geschrieben, sondern von uns.«
- 8 Twitter: @RadicalHistory, online unter: [www.radicalpast.blogspot.eu](http://www.radicalpast.blogspot.eu)

# FÜREINANDER SORGEN, UM ZUSAMMEN STARK ZU SEIN

CAY  
K.

**Zwischen Bedrohung von Nazis online und Alltagsdiskriminierung auf der Straße erkämpfen sich Queers in der Ukraine ihre Räume und Solidarität. Ein Erfahrungsbericht.**

In der Ukraine queer zu sein — und insbesondere queer und politisch aktiv zu sein — ist schwer und gefährlich. Die Situation hinsichtlich der Rechte von LGBTQIA\* ist in der Ukraine weiterhin sehr problematisch und die queere Community ist mit einer Menge an Schwierigkeiten und Opposition konfrontiert. Trotzdem führen queere Aktivist\_innen ihren Kampf fort, und die Situation verbessert sich graduell. Im Laufe der letzten zwei Jahre ist die anarcho-queere Bewegung in der Ukraine gewachsen. Wir haben Proteste organisiert und unsere eigenen Reihen in der Pride in Kiew und Charkiw organisiert, haben Bannerdrops durchgeführt und Graffiti gemalt, haben Netzwerke für gegenseitige Hilfe aufgebaut und vieles mehr. Dennoch stehen wir weiterhin systemischer Queerphobie, Transphobie und dem Widerstand der extremen Rechten gegenüber. Und obwohl die Nazis keine Sitze im Parlament haben, ist ihre Macht auf der Straße groß. Sie intervenieren bei linken Demonstrationen, belästigen und attackieren queere Menschen auf der Straße, erpressen und bedrohen uns online. Nazis versuchen es so aussehen zu lassen, als sei die gesamte ukrainische Gesellschaft rassistisch, queerphob und misogyn. Tatsächlich gibt es eine kleine Gruppe rechter Personen, die es geschafft haben, sich innerhalb der Regierungsstrukturen zu etablieren und Medienpräsenz zu erlangen.

Diese Verbindungen in die staatlichen Strukturen hinein zeigen sich in dem Schutz von Rechten durch die Polizei. Während jeder Pride Parade versuchen Rechte, Demonstrant\_innen anzugreifen, werden dafür aber nicht festgenommen oder aber nach wenigen Stunden wieder entlassen. Währenddessen bedanken sich Liberale am Ende der Parade demonstrativ bei der Polizei für ihren Schutz. Einmal im Jahr wird dieses Schauspiel für die westlichen Staaten aufgeführt, während queere Menschen den Rest des Jahres weiterhin Queerphobie und Transphobie ausgesetzt sind. Die Pride Parade ist also paradigmatisch für das, was tagtäglich geschieht: Rechte attackieren Menschen, die queer sind — oder auch nur so aussehen — auf der Straße und werden im Nachhinein nicht dafür zur Verantwortung gezogen.

Trotz dieser Attacken ist die Pride Parade wichtig für unsere queere Solidarität und Sichtbarkeit, und sie ist auch ein Ergebnis politischer Kämpfe. Obwohl es in der Ukraine seit 2012 Versuche gab, eine Pride Parade zu veranstalten, fand sie erst 2015 zum ersten Mal statt, nämlich nach der Revolution der Würde, auch als Euroaidan bekannt, und nachdem die Vereinigten Staaten 190 Millionen Dollar für eine Polizeireform zur Verfügung gestellt hatten. Seit der Revolution wird die ukrainische Gesellschaft allmählich weniger homophob. Viele Menschen haben begonnen, die Vorstellungen von Gleichheit, Toleranz und sozialer



Gerechtigkeit zu akzeptieren. Jedes Jahr versammelt die Pride Parade mehr und mehr Menschen und trotz der anhaltenden Gefahr und den Attacken der extremen Rechten gehen queere Personen und *allies*<sup>1</sup> auf die Straße, um ihren Raum zu beanspruchen und um gleiche Rechte und Respekt einzufordern.

Doch die Revolution der Würde hat auch ein Florieren der extremen Rechten eingeleitet. Die Linken haben es nicht geschafft, in den Protesten sichtbar zu sein und als sie — die im Gegensatz zu den Rechten unbewaffnet waren — ihre eigenen Formationen gründeten, wurde dies von den bewaffneten Rechten verhindert. Dennoch waren Linke — entgegen der Darstellung in den Medien — an den Protesten beteiligt. Sie schafften es aber nicht zu verhindern, dass die extreme Rechte die Agenda der Proteste allmählich von einer pro-demokratischen zu einer nationalistischen hin veränderte. Obwohl queere Menschen also aktiv an den Euromaidan Protesten und dem Krieg in der Ukraine teilgenommen haben, waren sie gezwungen, ihre Sexualitäten und Identitäten zu verstecken.

Als der Krieg mit Russland begann, beteiligte sich die extreme Rechte aktiv und bildete Bataillone, wodurch in der Bevölkerung das Vertrauen für sie zunahm. Rechte präsentierten sich als Nationalist\_innen, die für die Unabhängigkeit der Ukraine kämpfen, was ihnen dabei half, Sympathien unter den Liberalen zu gewinnen. Die Rechte begann, *trendy* zu werden und selbst die Extremsten unter den Rechten, wie beispielsweise Sergey Korotkikh<sup>2</sup>, wurden als Teilnehmer\_innen am Krieg gegen Russland zu TV-Shows eingeladen und als Helden gefeiert, während unter den Tisch gekehrt wurde, dass sie Nazis waren. Tatsächlich passiert es weiterhin, dass Nazi-Organisationen, wie Tradition and Order, National Resistance oder S14 auf ihren Demonstrationen Hitlergrüße zeigen.

In der aktiven Phase des Kriegs bewegte sich die ukrainische Agenda zunehmend von einer pro-demokratischen zu einer nationalistischen und extremen Rechten. Den Nazis gelang es, in der Ukraine eine starke rechtsextreme Bewegung aufzubauen, die Verbindungen in hohe Ebenen der staatlichen Strukturen hatte und die ihre eigenen Bataillone und Trainingslager unterhielt, während sie ihre Ansichten hinter der patriotischen Marke der ›Teilnehmenden im Krieg gegen Russland‹ versteckten. Gleichzeitig kamen zunehmend Nazis aus Russland und Belarus in die Ukraine, um sich den rechtsextremen Organisationen anzuschließen, während Nazis aus Europa und den USA anreisten, um Kontakte zu knüpfen und Kampferfahrung zu sammeln.

Obwohl die Nazis keine Sitze im Parlament haben, verfügen sie also dennoch über eine ganze Menge Macht und ausreichend Ressourcen, um das Leben marginalisierter Communities schwer zu machen. Zurzeit ist Cyber-Mobbing eine der Hauptmethoden der Nazis gegen Linke und Queers. In ihren Telegram Kanälen posten sie persönliche Informationen wie Social-Media-Links, Telefonnummern, Wohnadressen oder *deadnames*<sup>3</sup> über queere Personen. Folge dieser Verbreitung ist, dass queere Menschen online und per Telefon belästigt werden, Todesdrohungen erhalten oder Bilder von ihren Wohnorten mit dem Versprechen, dass man sie finden werde. Dabei dienen nicht nur Aktivist\_innen als Zielscheibe, sondern auch Personen, die einfach nur queer aussehen.

Diese Umstände führen dazu, dass queere Menschen sich nicht sicher fühlen, aber sie radikalisieren uns auch und zwingen uns, aktiver zu kämpfen. Die queere Community in der Ukraine ist nicht sehr groß, aber aufgrund all der Hürden, denen wir ausgesetzt sind, kümmern wir uns umeinander und vereinen uns in Solidarität. Wir tragen Sorge füreinander, um zusammen stark zu sein.



- 1 Selbst nicht betroffene Personen, die mit marginalisierten — in diesem Fall queeren — Personen solidarisch sind.
- 2 Ein Mitglied des neonazistischen Azow-Regiments, das aktiv am Krieg in der Ukraine beteiligt war. [Anm. d Red.]
- 3 Name, der einer trans\* Person bei Geburt zugewiesen wurde, der von der Person aber nicht mehr verwendet wird und entsprechend eine sensible und potenziell verletzende Information darstellt.



A microscopic view of a retina, showing a dense field of small, circular, reddish-brown structures (likely photoreceptors or retinal cells). A prominent, thick, red diagonal line runs from the top-left towards the bottom-right, crossing the field of view.

# Netzhaut Kampfen

# erinn



# WIE GEHT ES WEITER NACH DEM GEWONNENEN VOLKSSENTSCHEID?

**PATRICIA  
MACHMUTOFF**

**Die Kampagne rund um den Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen hat einen historischen Sieg errungen. Doch wie kam es zu diesem Erfolg und wie geht es nun weiter?**

Knapp zwei Monate nach dem historischen Volksentscheid haben die meisten Berliner\_innen realisiert, dass die Verteilung von Wohlstand und Verwaltung von Eigentum im kapitalistischen System nicht in Stein gemeißelt sind. Rückblickend wird klar, dass die Bewegung bereits vor dem überragenden Wahlergebnis von 59,1% ein Erfolg war.

Dazu muss man gar nicht so weit in die Geschichte der Kampagne zurückblicken, die immerhin schon seit 4 Jahren die Berliner Stadtpolitik aufmischt. Erst im Juni 2021 wurden der Landeswahlleitung 350.000 Unterschriften übergeben – welche die Kampagne zum bis dato erfolgreichsten Volksbegehren der Berliner Geschichte machen. In den sechs Monaten der Unterschriftensammlung der zweiten Phase zweifelten viele daran, dass die benötigten 175.000 Unterschriften (die 7% der wahlberechtigten Bevölkerung entsprechen) erreicht werden würden. Dass die doppelte Anzahl der benötigten Unterschriften gesammelt wurde, spricht nicht nur für die Bewegung, sondern zeigt auch Missstände im Hinblick auf Partizipation auf.

Von den 350.000 Unterschriften war etwa ein Drittel *ungültig* – das bedeutet, dass eine nicht wahlberechtigte Person unterschrieben hat – meist Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Die Kampagne hat Wert daraufgelegt, dieses Thema in den öffentlichen Fokus zu rücken. So konnte darauf aufmerksam gemacht werden, wie weit die Illusion der bunten Stadt, in der alle mitmischen, von der Realität entfernt ist. Die traurige Wahrheit ist, dass ein Pass darüber entscheidet, ob eine Person politisches Mitspracherecht hat – nicht etwa, ob sie hier lebt, ob sie Kinder hier großgezogen hat, Steuern zahlt oder sich in ihrem Kiez engagiert. Dass die Kampagne dazu beitragen konnte, dieses Problem auf die öffentliche Agenda zu bringen, ist ebenfalls als Erfolg zu werten.

Letztlich besteht die größte Errungenschaft der Initiative aber darin, dass sie so viele unterschiedliche Menschen in allen Bezirken Berlins mobilisiert und das Thema Wohnen in den öffentlichen Diskurs gerückt hat. Vor 5 Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass sogar rechtskonservative Medien wie die WELT die Begriffe »Enteignung« oder »Vergesellschaftung« diskutieren.

Beim Unterschriftensammeln oder im Wahlkampf sind Aktive mit unzähligen Berliner\_innen ins Gespräch gekommen und haben damit etwas geschafft, woran viele linke Bewegungen scheitern: Der direkte Kontakt und die gemeinsame Zusammenarbeit mit großen Teilen der Stadtgesellschaft.

Die Kampagne hat vielen Menschen das Gefühl gegeben, dass sie nicht allein sind, dass sie alle unter dem Mietenwahnsinn leiden, aber auch, dass sie sich gemeinsam organisieren und wehren können. Allein das ist schon so viel wert, weil daraus grenzenlose Kraft für weitere Kämpfe erwächst.

Die Vergesellschaftung von Immobilien- oder Energiekonzernen wird zudem inzwischen auch außerhalb von Berlin – in Köln, in Hamburg, in Spanien oder in der Slowakei diskutiert. Die Kampagne wirkt über sich hinaus – seit dem Tag, an dem die Berliner\_innen an der Wahlurne über den Volksentscheid abstimmen durften, weht ein anderer Wind. Denn einen Diskurs um Eigentumsstrukturen und Gemeinwirtschaft hat es seit dem Ende des zweiten Weltkriegs in der Geschichte der BRD in diesem Umfang noch nie gegeben und dieser wäre ohne den Volksentscheid nicht denkbar gewesen.

## **DEUTSCHE WOHNEN & CO. ENTEIGNEN – REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK?**

Vor diesem Hintergrund können die Errungenschaften der Kampagne Deutsche Wohnen und Co. enteignen als revolutionäre Realpolitik bezeichnet werden. Die Initiative bedient sich einem realpolitischen Mittel, dem Volksbegehren, und fordert etwas Revolutionäres wie die Enteignung und Vergesellschaftung von Wohnraum – etwas, das unsere Lebensbedingungen und Verteilungslogik maßgeblich transformiert. Der Kerngedanke dahinter ist, dass »die Revolution« nicht als plötzlicher Bruch, als gewaltsamer Umsturz verstanden werden muss, da dies ein ewiges Warten auf den »richtigen« Moment mit sich bringen kann. Durch revolutionäre Realpolitik hingegen gelingt es, den falschen Gegensatz von Reform und Revolution aufzuheben, an dem sich linke Bewegungen zerstreiten. Rosa Luxemburg – Revolutionärin, Kämpferin für Arbeiter\_innenrechte und Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands – prägte die Idee der revolutionären Realpolitik. Damit meint sie in Kontrast zu dem »einen revolutionären Moment« einen Prozess, der kontinuierlich abläuft, an reale Bedingungen anknüpft und transformativ interveniert<sup>1</sup>. So können Veränderungen über die Grenzen des Reformismus hinaus errungen werden. Reformismus, wie ihn die Sozialdemokratie anstrebt, steht für marginale Verbesserungen wie bessere Löhne oder minimal bessere Arbeitsbedingungen, welche die Menschen für den Moment ruhigstellen, aber nichts an den ausbeuterischen Strukturen ändern. Diese vermeintlichen Erfolge sind nichts als faule Kompromisse, die sich der Logik des kapitalistischen Systems unterwerfen. Stattdessen muss das Ziel sein, die Wurzel des Problems anzugehen. Das bedeutet, kapitalistische Machtstrukturen und Kräfteverhältnisse zu hinterfragen und anzugreifen. Die Kampagne hat insofern den ersten Grundstein dazu gelegt, als dass sie Fragen stellt wie: Darf mit allen Mitteln Profit gemacht werden? Wer sollte über Wohnraum entscheiden? Ist Rendite immer wichtiger als Kiezkultur? Dürfen nur Besserverdiener\_innen innerhalb des Rings wohnen? Damit gelingt es, einzelne Kämpfe in einen Zusammenhang emanzipatorischer Forderungen zu stellen. Dass dabei so viele Menschen mobilisiert werden und so viele Stimmen gewonnen werden konnten, ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass Wohnen die soziale Frage unserer Zeit ist, in der sich die Ungleichverteilung von Wohlstand am plastischsten abzeichnet.

## KAMPFANSAGE ANS KAPITAL

Zwar schwelgen wir noch immer in Euphorie über das mehr als eindeutige Wahlergebnis, doch der Mietenwahnsinn ist noch lange nicht überwunden. Seit dem Volksentscheid wurden weitere linke Freiräume zugunsten von Investor\_innen und Spekulant\_innen geräumt. Wohnraum steht weiterhin leer, wird luxussaniert oder in Eigentum umgewandelt. Das Kapital agiert weiter unbeeindruckt im Sinne der Profitmaximierung. Dennoch lassen sich häufende Monopolisierungsbestrebungen der Immobilienkonzerne beobachten.<sup>2</sup> Obwohl die Monopolisierung eine Gesetzmäßigkeit im Kapitalismus darstellt, ist die Geschwindigkeit und der Zeitpunkt der Übernahmen auffällig. Vor diesem Kontext sei den Konzernen gesagt: Die Akkumulation von Marktmacht wird euch vor der Vergesellschaftung nicht bewahren. Berlin hat sich für eine Kampfansage an Aktionär\_innen und Spekulant\_innen entschieden – als Versprechen an Berlins Mieter\_innen.

Damit das gelingt, muss Druck auf die kommende Regierung ausgeübt werden, insbesondere auf Sozialdemokrat\_innen und Grüne. Deren Führung würde das Problem der Mietenkrise allzu gern mit den Konzernen gemeinsam lösen. Doch das kann nicht funktionieren. Vonovia und Co. haben oft genug gezeigt, dass ihnen jedes Mittel recht ist, um die Rendite zu steigern: Mieterhöhungen mitten in einer Krise, Schikanieren von Mieter\_innen und Zwangsräumungen. Diese Konzerne werden immer Mittel und Wege finden, um Regulierungen zu umgehen, wie es auch heute vielfach geschieht. Die Illusion von Konzernen, die im Sinne des Gemeinwohls agieren, hat sich ausgeträumt. Es bringt nichts, mit ihnen am Tisch zu sitzen und zu verhandeln – die einzig legitime und demokratische Lösung ist es, ihnen die Marktmacht zu entziehen und alle Bereiche, die zur Grundversorgung gehören, gemeinwirtschaftlich zu verwalten.

Teile der Grünen und Sozialdemokrat\_innen versuchen aktiv, die Koalitionsverträge mit Floskeln zu füllen, bis das Thema vom Tisch fällt. Dabei verprellen sie große Teile ihrer Basis, die sich für die Vergesellschaftung aussprechen: 61,1% der SPD und 64,4% der Grünen laut dieser Civey Umfrage<sup>3</sup>.

### EIN VOLKSSENTSCHEID IST KEINE DOODLE UMFRAGE

Kritiker\_innen führen das Argument an, der Volksentscheid werde nicht umgesetzt, da er nicht rechtlich bindend sei. Zwar wurde am 26.09.2021 kein konkretes Gesetz abgestimmt, sondern ein Beschlussvolksentscheid. Dieser ist zwar nicht rechtlich einklagbar, aber politisch in jedem Fall verbindlich, insbesondere bei einem so deutlichen Votum. Ein Volksentscheid ist schließlich keine Doodle Umfrage. Wie könnte eine Regierung sich als Vertreterin des Volkes begreifen, wenn sie den Willen von mehr als einer Million Wähler\_innen ignoriert? Es wäre ein politischer Skandal und eine Ohrfeige für die Demokratie, wenn das Votum übergangen oder durch Tricks aufgeweicht würde.

Für die neue Regierung darf es also nicht um die Frage gehen, ob eine Vergesellschaftung stattfindet – denn das wurde bereits abgestimmt und beschlossen – sondern es geht um das *wie*. Deshalb ist das Ziel nun, dass die Umsetzung des Volksentscheids im Koalitionsvertrag festgeschrieben und schnellstmöglich in Angriff genommen wird. Konkret bedeutet das die Erarbeitung eines Vergesellschaftungsgesetzes unter Beteiligung der Kampagne und mit einem konkreten Zeitplan. Inhaltliche Grundlage dieses Gesetzes kann nur der von einer Million Berliner\_innen abgestimmte Beschluss sowie das von der Kampagne erarbeitete Vergesellschaftungsgesetz sein. Dabei ist vor allem die Rolle der Linkspartei kritisch: als einzige Partei, die voll hinter der Umsetzung des Volksentscheids steht, ist ihre Regierungsbeteiligung unabdingbar. Dabei darf sie sich nicht dazu drängen lassen, ihre Forderungen unter dem Koalitionszwang aufzuweichen.

Gleichzeitig könnte eine zu harte Linie dazu führen, dass es stattdessen zu einer Ampelkoalition kommt. Das kann wirklich niemand wollen und es wäre vermutlich auch das Aus für die Vergesellschaftung. Dennoch ist auch unter einer Rot-Grün-Roten Koalition eine schnelle Umsetzung des Volksentscheids keineswegs gewährleistet – denn die einzige Partei, die hinter der Vergesellschaftung steht ist auch die kleinste Verhandlungspartnerin der drei Koalitionsparteien.

Das bedeutet nun für die Bewegung: im Gespräch mit Politiker\_innen bleiben, Präsenz zeigen und Druck ausüben – wie es gerade geschieht – bei den Koalitionsverhandlungen oder auf der Straße. Das politische Momentum ist da und muss genutzt werden. Im Zweifel taucht die Kampagne bei jedem öffentlichen Termin von Spitzenpolitiker\_innen auf und erinnert sie an ihre Bringschuld im Sinne ihres demokratischen Verständnisses. Denn hunderttausende Berliner\_innen zahlen immer noch jeden Monat zu viel Miete oder werden aus ihren Kiezen verdrängt. Darum muss die Kampagne weiterhin als Brücke zwischen den organisierten und nicht organisierten Mieter\_innen und der Politik fungieren. Auch deshalb ist es notwendig, weiterhin in den Kiezen präsent zu bleiben und die lila-gelbe Welle, auf der Berlin gerade reitet, nicht verebben zu lassen. Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit Rückschlägen wie dem faktischen Kippen des kommunalen Vorkaufsrechts durch das Bundesverwaltungsgericht, womit einer der letzten Schutzmechanismen für Mieter\_innen gegen Verdrängung verloren gegangen ist. Dies darf die mietenpolitische Bewegung nicht ohnmächtig machen. Im Gegenteil: Es sollte sie darin bestärken, dass die Vergesellschaftung noch dringender notwendig ist als zuvor. Damit wird die Kanalisierung von Enttäuschung und Wut hin zu produktiver Polit-Arbeit auch zur Aufgabe der Kampagne. Denn die Frustration und das Gefühl, als laute Bewegung nicht von der Politik gehört zu werden bergen die Gefahr, Demotivation gegenüber kommenden Kämpfen zu erzeugen. Die Berliner\_innen, die auf den Volksentscheid gesetzt haben, mitgekämpft und ihre Stimme abgegeben haben, dürfen jetzt nicht enttäuscht werden.

### IN DUBIO PRO ENTEIGNUNG

Skeptiker\_innen werfen dem Volksbegehren vor, dass es auf rechtlich wackeligen Füßen stehe und führen dafür das Scheitern des Mietendeckels an. Auch die Vorwände der Sondierer\_innen, es bräuchte eine Expert\_innenkommission, welche über ein Jahr lediglich die rechtliche Machbarkeit prüft, ist Quatsch: Es gibt mehrere (genau gesagt: sieben) unabhängige rechtliche Gutachten, darunter vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, dem Abgeordnetenhaus Berlin und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, die unsere Machbarkeit bestätigen. Die einzigen drei Gutachten, die zu anderen Schlüssen kommen, wurden kurioserweise von der Immobilienlobby in Auftrag gegeben.

Tatsächlich hat der SPD-geführte Innensenat bereits vor 15 Monaten die Zulässigkeit des Volksbegehrens geprüft und ist zu einem positiven Ergebnis gekommen. Sonst wäre die zweite Phase der Unterschriftensammlung gar nicht genehmigt worden. Ein Kippen des Volksentscheides aufgrund von Bund/Länder-Kompetenzfragen kann ausgeschlossen werden, da sich auf den Artikel 15 des Grundgesetzes berufen wird. Ironischerweise war es genau die SPD, die vor knapp 70 Jahren den entsprechenden Artikel im Grundgesetz verankert hat, der ihr jetzt auf die Füße fällt. Das bedeutet: Eine mögliche Kommission hat zu prüfen, wie die Vergesellschaftung umgesetzt werden kann und nicht, ob sie möglich ist.

## UNSER ZUHAUSE IST KEIN SPEKULATIONSOBJEKT

Die Aktiven in der Kampagne haben nach wie vor eine wichtige Aufgabe: Sie müssen im Interesse der 85% der Berliner Bevölkerung, die zur Miete wohnen, Druck ausüben und mietenpolitische Fragen weiter beeinflussen. Denn auch unabhängig von der Vergesellschaftung existieren enorme Missstände auf dem Wohnungsmarkt, wie die Diskriminierung von (post)migrantischen Personen oder Zwangsräumungen. Die Bewegung muss daher jetzt klar und deutlich postulieren: Wir sind hier und wir bleiben auch hier, ihr kommt nicht um uns herum, es gibt keine Alternative zur Umsetzung des Volksentscheids. Es gilt während der gesamten kommenden Phase, Druck auf Politiker\_innen auszuüben, die öffentliche Debatte über Miete und Wohnen weiterzuführen und Mieter\_innen weiter zu organisieren. Zunächst begleiten wir die Koalitionsgespräche und die Regierungsbildung. Später sind Dialogformate mit verschiedenen Akteur\_innen aus Stadtgesellschaft und Politik geplant, um die Umsetzung des Volksentscheids während der Gesetzesausarbeitung im Sinne der Berliner\_innen zu gewährleisten. Danach muss der Senat Rechenschaft leisten und Ergebnisse präsentieren. Sollte die kommende Regierung den Volksentscheid blockieren, besteht die Möglichkeit, einen zweiten, rechtlich bindenden Volksentscheid durchzuführen, bei dem das Vergesellschaftungsgesetz zur Abstimmung steht.

Dass die kommenden Monate keine einfache Zeit werden, ist allen bewusst. Allerdings gibt es einen Gedanken, der Kraft spendet: Egal was kommt, egal welche Steine uns die Immobilienlobby oder der Senat in den Weg legen: Deutsche Wohnen & Co. enteignen hat mehr als eine Million Wähler\_innenstimmen und mindestens 59,1% der Berliner\_innen hinter sich. Ein beträchtlicher Teil der Stadtgesellschaft ist nicht nur politisiert, sondern auch organisiert und in Aufbruchsstimmung.

23

Wir — das sind die Arbeiter\_innen, die Mieter\_innen, die Berliner\_innen — haben entschieden: Es gibt kein Recht auf Profit mit Wohnraum. Nach Jahrzehnten, in denen Profitinteressen darüber bestimmt haben, was mit Berlin passiert, sind wir endlich ein Stück näher an einer demokratischeren Stadt. Nicht Spekulant\_innen in Steuerparadiesen sollen darüber entscheiden, wie wir hier zusammenleben, sondern alle Menschen, die Berlin zu dem Ort machen, der er ist: Unser Zuhause.

- 1 Vgl. Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution*, 1899.
- 2 Aktuelles Beispiel: Vonovia kauft Deutsche Wohnen auf und steigt mit 13% bei der Adler Group ein.
- 3 Deutsche Wohnen & Co enteignen: *Aktuelle Umfrage bestätigt den Trend*, 21.09.2021, online unter: [www.dwenteignen.de](http://www.dwenteignen.de)

# Karl Mar

24



# DER UMRISSE EINER LEERSTELLE

**JULIA  
SAVCHENKO**

**Der Tod eines Familienmitglieds ist der Anlass unserer Autorin über jüdisch-russische Identität, familiäre Wurzeln und rechtsextreme Bedrohungen nachzudenken. Dresden, der Dreh- und Angelpunkt dieser Reflexionen, dient dabei als wärmende und zugleich unheimliche Kulisse.**

Ich öffne Twitter, gegen meine Intuition, die weiß, was gut für mich ist. Lese: In Dresden demonstriert zum 9. November PEGIDA, während die Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht abgesagt wurde. Wie das wohl passieren konnte. Wegen Corona. Aber Details machen es nicht besser. Ich weiß nur, dass es etwas mit mir macht, und wenn ich ehrlich bin, will ich nicht einmal genau wissen, was. Ich denke nur an Gebäude.

Der Hauptbahnhof. Dort, wo ich ankomme, als ich Februar dieses Jahres nach Dresden fahre, um nach einem Jahr Kontaktpause und familiären Schwierigkeiten meine Großtante wiederzusehen. Das erste Mal allein, das erste Mal seit allem. Und von wo ich erst einmal nicht wegkomme, da alles abgesperrt ist und die Straßenbahnen nicht fahren, weder Nord- noch Südseite. Dann muss ich einer Pferdestaffel der Polizei ausweichen, erst danach sehe ich warum: Überall Rechtsextreme. Ich rufe an, dass ich mich verspäte und gehe zu Fuß, stelle mich kurz am Rand dazu, wo die Demonstrierenden ausgebuht und beschimpft werden. Später lese ich darüber und es heißt, die Polizei wäre recht gewaltsam durch eine Blockade geritten, ich finde irgendein Statement vom Bürgermeister oder Polizeichef.

Der Plattenbau. Alt und vertraut, aber diesmal fühle ich mich zum ersten Mal nicht angespannt, als ich ihn sehe. Das erst vor einigen Jahren renovierte Treppenhaus und der Flur riechen nach Linoleum und Farbe, für mich der Geruch dieser Stadt. Im Aufzug in den vierten Stock begegnen mir die alte Dame und der Pudel, wie jedes Jahr. Und schon im Flur sehe ich meine Großtante auf mich warten. Sie hat Pilzsuppe gemacht, wie jedes Jahr. Über der gewachsenen Tischdecke sprechen wir über meinen Weg hierher, die Nazis und dass man da wohl nicht viel machen kann, weil Meinungs- und Versammlungsfreiheit herrscht. Ich kann aus dem Fenster die Synagoge, das Haus der Gemeinde, den Zwinger und die Elbe sehen. Und die große Straße direkt unter dem Balkon, wo noch mehrmals am Abend Teilnehmer\_innen der Gegendemonstration entlang marschieren und sich über Lautsprecher gegenseitig vor Nazis warnen. Ich helfe meiner Großtante, deutsche Briefe zu übersetzen und irgendwas am Computer zu machen, bevor ich erschöpft ins Bett falle.

Der Netto gegenüber. Auf dem Weg dorthin habe ich früher oft versucht, meine Gedanken zu sammeln, wenn in der Wohnung die Stimmung schief lag; meist durch den Schnee stapfend, weil wir fast nur an Neujahr hier waren. Sie hat mir, wie immer, eine Einkaufsliste geschrieben. Letzte Woche habe ich den Zettel in meiner Tasche gefunden.

Der Park Pillnitz. Als ich klein war, war ich mit ihr zusammen hier, es kam mir vor wie ein großes Abenteuer. Wir sahen Eichhörnchen und einmal blieb sogar ein Spatz auf meiner Handfläche sitzen, als ich versucht habe Vögel zu füttern. Wir machten oft Spaziergänge und ich fragte immer nach neuen Wegen.

Der Plattenbau, Neujahr 2017. Ich liege im Klappbett, während im anderen Zimmer gestritten wird. Ich frage mich immer wieder, was Familie bedeutet. Ob wir, da wir hier in Deutschland nur uns haben, zusammenhalten müssen. Auch wenn es wehtut und auch wenn wir nicht wirklich miteinander klarkommen.

Das Krankenhaus, August 2020. Jedes einzelne Licht und jeder Piepton dieses Abends hat sich mir eingepägt. Es ist eine laue Sommernacht, ich bin mit meiner Mutter hier. Wir haben ein schwieriges Verhältnis, und ich bin gerade erst dabei zu erahnen, welcher Balanceakt zwischen Trauer und Abblocken emotionaler Manipulation mir bevorsteht. Wir können nicht mehr mit meiner Großtante sprechen, dazu ist es zu spät, aber ein letztes Mal ihre Hand halten. Das ist das erste Mal seit über einem Jahr, dass wir alle drei in einem Raum sind.

Der Plattenbau, wieder. Die Bekanntheit des Ortes sticht mir in die Brustregion. Wir finden die Wohnung unaufgeräumt vor, aber vertraut, fast gemütlich. Alles so, wie sie es am Tag zuvor hinterlassen hat. Dann kommt der Anruf. Morgen bitte vorbeikommen und diese und jene Dokumente mitbringen und die Sterbebescheinigung abholen. In dieser Nacht wache ich von meinem eigenen Schrei auf, ohne mich an einen Traum erinnern zu können. In den folgenden Tagen erledigen wir die Dinge, die nach dem Tod erledigt werden müssen. Von uns, da wir ihre nächsten Verwandten sind. Verlorenheit. Manche Momente sind interessant – ich lerne beim Einpacken alter Fotos wieder etwas über meine Vorfahren, und beim Sortieren ihrer Aufzeichnungen die Zeitungsartikel und Themen, für die sie sich interessierte. Ich bin froh, im Februar noch ein paar schöne Tage mit ihr verbracht zu haben und doch scheint es nicht genug. In der Glasvitrine finde ich einen Mesusa-Behälter, den ich in meinen Koffer lege.

Das Trauerbüro neben der Klinik. Es herrscht unglaubliche Hitze. Die Sachbearbeiterin nimmt die Daten meiner Großtante auf und bei der Frage nach der Nationalität kommt es zu einer kurzen Diskussion. Erst schreibt sie »Jüdisch« auf. Ich werfe ein, dass es diese Kategorie nicht gibt, dass die Staatsbürgerschaft gemeint sein muss und wir ändern es in »Russisch«. Nationalität im Sinne von Abstammung in den Dokumenten ist ein Relikt des Stalin-Regimes in der UdSSR. Und gleichzeitig der Grund weshalb wir, als ich zwei Jahre alt war, als sogenannte Kontingentflüchtlinge nach Deutschland kommen konnten.

Das Haus der Gemeinde. Ein großer sandsteinfarbener Kubus mit Garten, eigentlich wegen Corona geschlossen. Aber wir haben einen kurzen Termin zum Besprechen von Formalitäten. Hier kennt man meine Großtante und auch uns, obwohl wir nicht, wie viele andere, hier geblieben sind. Ein oberflächliches Gespräch darüber, dass viele Menschen meiner Generation sich wieder dem Judentum zuwenden, bei anderen aber fast nichts mehr davon übrig bleibt. Die sind doch gar keine Juden mehr, scherzt meine Mutter mit einer Geste auf mich. Ich bin an diesem Tag wie benebelt und die Worte dringen nur dumpf in mein Bewusstsein.

Der Friedhof, die Kapelle. Es ist der einzige wolkenverhangene Tag in dieser Sommerwoche. Ich betrachte den großen goldenen Davidstern an der Wand und die flackernden Kerzen, bin ein bisschen nervös, weil es meine erste Beerdigung ist, und weil ich gleich zwischen Segnungen und Ansprachen des Rabbiners die Lebensgeschichte meiner Großtante vortragen werde, die ich aufgeschrieben habe. Eine schwere, bewundernswerte Geschichte; sie hat früh große Teile der Familie verloren. Ich muss spontan auf Russisch übersetzen, aber es funktioniert. Die Rituale und der Ablauf, sogar die Gebete bieten einen gewissen Trost und Halt, obwohl ich nie religiös war. Schon die letzten Tage habe ich viel über jüdische Beerdigungsbräuche gelesen. Vielleicht nur, um etwas zu tun zu haben, aber ich fand, dass es gut und richtig war und konnte mich an etwas festhalten. Erde werfen, eine letzte Bitte um Verzeihung, der Trostspalier. Der Weg zurück an der mit Moos bewachsenen Friedhofsmauer vorbei ist in meiner Erinnerung unendlich lang.

Frauenkirche. Wir machen einen letzten kurzen Spaziergang durch das Zentrum, durch diese Stadt, die so viele meiner Erinnerungen in sich gespeichert hat wie eine Kapsel, an deren Orten Geborgenheit, Depression, Angst, Trauer und Freude in stärkerer Intensität zusammengedrängt sind, als dort, wo ich lebe.

Jetzt sitze ich in meinem Zimmer und lese die Nachricht, dass, obwohl der Gemeinde vom Bürgermeister versichert worden ist, dass das nicht passiert, am Tag der Pogromnacht PEGIDA in der Stadt demonstrieren und ein bekannter Rechtsextremer sprechen darf. Meine Gedanken streifen Sandsteinmauern und ich denke an ein paar der Menschen, die ich dort im Sommer kennengelernt habe. In dem für Menschen mit meiner Familiengeschichte typischen Identitätskonflikt bin ich mir unsicher, wie real mein Bezug zu alldem ist. Meine Familie ist seit Langem sekulär, auch das ist Geschichte. Man hat eben irgendwo eine Davidsternkette herumliegen, aber was das wirklich bedeutet ist schwer zu sagen. Ich wurde oft ermahnt nicht über das Thema zu reden. »Das geht niemanden was an«, hieß es immer und »Was bist du schon für eine Jüdin?« Ein roter Faden existiert nicht, lediglich eine lose Verkettung von persönlichen Schicksalen, überlieferten Redewendungen und Namen – und manchmal, ganz selten, die Umriss einer Leerstelle.

Alles, was ich weiß, ist, dass für mich mit jeder solchen Nachricht ein Stück der Geborgenheit und Vertrautheit wegbricht, die ich mit dieser Stadt verbinde. Ein naives, beinahe besitzergreifendes Gefühl macht sich in mir breit – das hier ist auch unsere Stadt, für mich einer der wenigen Bezüge, die ich zum Jüdischsein habe. Und gerade hier soll Platz für ihren Hass sein, diese parallele Realität, die sich immer wieder bemerkbar macht.

Ein wenig später sagt mir jemand ins Gesicht, dass Sich-nicht-impfen-wollen so ist wie einen Judenstern zu tragen. Ich höre die Vergleiche mit Anne Frank auf Querdenken-Demonstrationen, lese von Anschlägen auf Synagogen – und zuletzt einen Rabbiner auf offener Straße. Ich denke daran, für wie viele Menschen diese Orte ein Zuhause waren und es ein bisschen weniger sind und wie viele solcher Umdeutungen noch passieren müssen. Wie viel Kultur – die vielleicht noch in meinem Leben existieren würde – verloren gegangen oder von Jüdinnen und Juden selbst verdrängt wurde, weil es so einfacher und sicherer war. Das, was religiöse jüdische Menschen empfinden und solche, die seit Generationen hier gelebt und überlebt haben, ist natürlich eine Erfahrung, die ich nicht kennen kann. Und doch frage ich mich, ob es nicht besser wäre, sichtbar zu sein, ob ich vielleicht allen von meinen Wurzeln erzählen sollte, damit Menschen, die in ihren Ansichten schwanken, durch die Präsenz einer zumindest säkularen jüdischen Person in ihrem Umfeld auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt werden. Wie auch immer es um meine Identität bestellt ist, mein anhaltendes Gefühl der Übelkeit ist zumindest eine klare Sache.

# VON FRAUEN AN EUCH. EINE POETISCHE VERMITTLUNG

**JOANA  
GEORGI**



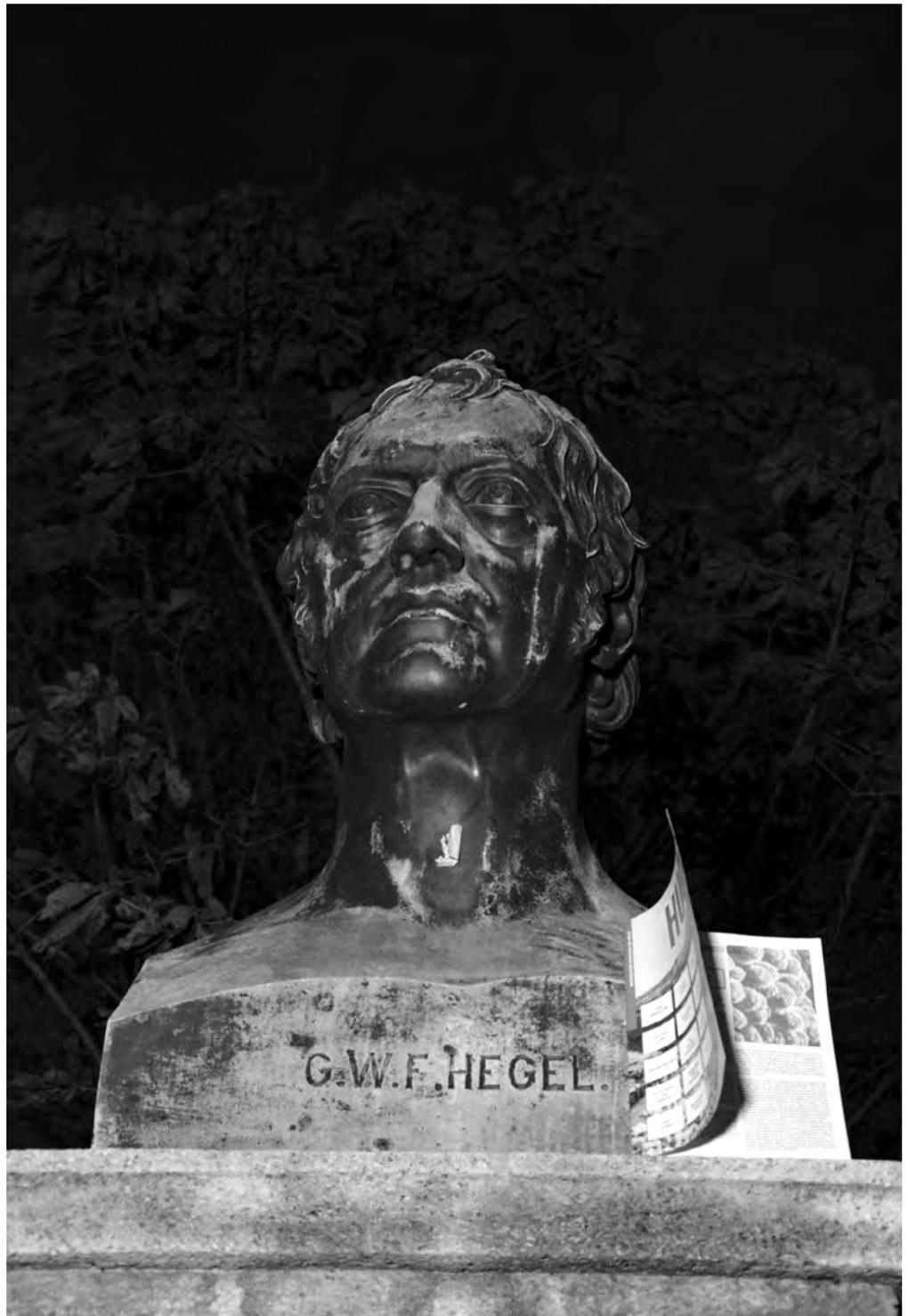
Unsere Autorin unternimmt in diesem kurzen Gedicht den Versuch, sich Worte von vergangene Generationen von Frauen vorzustellen. Dabei geht sie auf schmerzhaft Brüche und heilsame Verbindungen ein. Auf dass wir weiter kämpfen.

Wir waren vor euch da.  
Wir haben Leben gelebt. Wir haben Leben gelebt, die uns zerrüttet haben.  
Verbittert. Verdrängt. Unsichtbar.  
Wir haben Ehen geführt. Wir haben Ehen geführt, die uns klein gehalten haben.  
Wir haben keine Kinder bekommen. Wir haben Kinder bekommen.  
Wir mussten gehen.  
Wir sind gestorben.  
Wir sind mehrfach gestorben.  
Wir konnten nicht zurück.  
Wir haben euch vorgesungen.  
Wir haben euch verstoßen.  
Wir haben euch geschlagen.

Wir wurden geliebt. Wir haben geliebt.  
Wir haben Liebe mit Leid verwechselt.  
Wir haben bereut.  
Wir haben es dennoch geschafft.  
Wir haben gekämpft.  
Wir waren lesbisch und konnten es nicht zeigen.  
Wir waren asexuell, als es noch keine Worte dafür gab.  
Wir wurden von unseren Partnern sexuell missbraucht.  
Wir dachten, das sei normal.  
Und wir haben euch nicht geschützt.  
Wir haben gefürchtet, dass ihr uns hasst.  
Wir hatten Angst vor euch und was ihr für unser Leben; für unsere Freiheit bedeutet.  
Wir waren rassistisch, sexistisch.  
Wir haben andere ausgebeutet.  
Wir haben so vieles falsch gemacht.

Wir haben alles versucht.  
Wir hatten gute Momente.  
Wir hatten Hoffnung.  
Wir haben euch alles gewünscht.

Ihr sagt, »Erinnern heißt Kämpfen«.  
Ihr sagt, ihr erinnert euch. Ihr macht weiter.  
Wir wissen nicht mehr, wie.  
Unser Schmerz ist überall.  
Wir hoffen, dass der Eure nicht so groß sein wird.



# ENTWAFFNENDE EHRlichkeit

**KARLA  
HECKS**

**Der Roman *Aydin* kontrastiert die angebliche Erfolgsgeschichte des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens mit der biografischen Wirklichkeit eines Gastarbeiters und ist dabei auch für die heutige Zeit hochrelevant.**

Am 30. Oktober 1961, vor mittlerweile 60 Jahren, wurde das deutsch-türkische Anwerbeabkommen vom Auswärtigen Amt in der türkischen Botschaft in Bonn unterzeichnet. Die Folgen dieses Vertrags prägen unsere Gesellschaft bis heute. Von der deutschen und türkischen Regierung wird das Abkommen als Erfolgsgeschichte inszeniert, denn es war ein gutes Geschäft für beide Parteien. Doch aus Sicht der arbeitenden Menschen, die mit ihren Körpern für diesen wirtschaftlichen Erfolg bezahlt haben, ergibt sich ein anderes Bild.

29

Bayraktars im Oktober 2021 erschienener Roman *Aydin – Erinnerung an ein verweigertes Leben* (Unrast Verlag) zeichnet literarisch die Biografie eines solchen Menschen, nämlich von Aydin oder, wie er in seiner Heimat bekannt war, Celal. Dass der Protagonist zwei Namen trägt, steht symbolisch für die Zerrissenheit seines Lebens, die aus dem Zwiespalt zwischen zwei Kulturen erwächst. Mit 16 Jahren verlässt der Jugendliche das Dorf in den Bergen der Türkei, um mit seinem Vater und seinem Bruder in Deutschland Arbeit zu finden. Den Namen Celal trägt er als Erinnerung an seinen gleichnamigen Onkel, der starb, als Aydin noch ein Kind war. »Mir schien, dass der Name Aydin eine Chiffre für ein Familiengeheimnis war, wonach ich besser niemals fragen sollte. Also fragte ich nie danach und ich hatte auch nie weiter darüber nachgedacht – bis heute. Wer ist Aydin?«

Als er nach Deutschland kommt, trägt er den Namen, der in seinem Pass steht. Dort heißt er Aydin und für Aydin gelten andere Regeln. Zunächst wirkt das Leben in Deutschland wie eine Befreiung von den Traditionen und der Enge des Dorfes. Doch schildert der Roman mit messerscharfen Formulierungen auch die Kehrseite dieser Befreiung. Deutschland war nicht an Aydin interessiert, sondern an seiner Arbeitskraft und seinem Körper.

Er lebt zusammen mit seinem Vater und seinem Bruder zusammengepfercht auf kleinem Raum, ohne Privatsphäre. Das Leben ist getaktet durch die Schichtarbeit in der Fabrik. Kurz nach Aydins Volljährigkeit kehrt sein Vater zurück in die Türkei. Ein zweites Mal verlässt er seinen Sohn. Der Roman erzählt auf individueller Ebene, was auf gesellschaftlicher geschehen ist und weiß beides zu verknüpfen. Ganze Familien wurden durch das Anwerbeabkommen zerrissen und mussten dies durch ökonomische Zwänge in Kauf nehmen. Er macht durch die sinnlichen Eindrücke der Lebensrealität sogenannter ›Gastarbeiter‹ deutlich, wie die Profitlogik des Kapitals Unmenschlichkeit billigend und bewusst in Kauf nimmt. Die sinnliche Erfahrbarkeit, die Bayraktars gelungene literarische Schilderung möglich macht,

ist nicht durch kalte Fakten ersetzbar und genau das macht sie so mächtig und wirkungsvoll. Man hat das Gefühl, als Leser\_ in die Wut und Ohnmacht von Aydin mitzuerleben und in den nahezu analytischen Passagen werden die gesellschaftlichen Gründe dafür aufgezeigt. All diesen Menschen, die bei der vermeintlichen Erfolgsgeschichte des Anwerbeabkommens unter die Räder gekommen sind, gibt das Buch eine Stimme. Er gibt ihnen Selbstbewusstsein.

Obwohl es sich bei *Aydin* um einen Roman handelt, der sich durch eine eigene und handwerklich gelungene Komposition auszeichnet, ist der reale Gehalt unverkennbar. Es handelt sich in gewisser Weise um eine authentische Fiktion. Das macht der Autor durch den Ich-Erzähler deutlich, der die Perspektive des Neffen von Aydin einnimmt. Die intimen Einblicke in die Gedankenwelt eines trauernden Angehörigen, der mit der kalten Wut über die Ungerechtigkeit kämpft, die seinem Onkel widerfahren ist, geben der Migrationsgeschichte der ›Gastarbeiter‹ ein reales Gesicht. Diese Wut ist wie ein Motor seines Schreibens: »Die Wut, und nur die Wut, liefert mir ein Alphabet, eine Sprache, um das hier zu schreiben.« Der Ich-Erzähler ist im Gegensatz zu seinem Onkel, der nie wirklich Bildung erhalten hat, fähig, die gesellschaftlichen Strukturen zu erkennen, die Aydin zu einem Außenseiter, zu einem nicht mehr Verwertbaren gemacht haben, bis er im Geburtsjahr des Erzählers abgeschoben wurde, nämlich 1990/91. »Während in der neuen Hauptstadt die Mauer fiel und einige Bruchstücke als Souvenir eines Triumphs bewahrt wurden, um die Besiegten zu verspotten, sah Aydin bloß die hohen Gefängnismauern, die einem Ausschnitt von der Sperranlage um den Gazastreifen glichen.«

Durch zeitgeschichtliche Einschübe und gesellschaftlichen Kontext, hebt er die individuelle Geschichte fortwährend auf eine allgemeine Ebene und lässt sie im nächsten Moment wieder ins Besondere von Aydins Leben fallen. Mensch und Gesellschaft sind miteinander verwoben. Darum ist der Roman *Aydin* für jeden, der heute in Deutschland lebt oder etwas über seine jüngste Geschichte verstehen will, ob migrantisch, post-migrantisch oder nicht-migrantisch, ein absolutes Muss.

**Mesut Bayraktar:**  
*Aydin – Erinnerung an ein verweigertes Leben.*  
Unrast Verlag, 148 S., Softcover,  
14,00 €, Oktober 2021.



und Senat  
Protesten machten die  
Folgendes  
am sie wieder gete  
demonstrierten und kämpften  
Wer die Hofburg hatte nach der  
ersten Kundgebung hatte keine  
zweite hat sich kräftig gegen  
Tageszeitung "Die Welt"  
am 2. September "1987. Es muss  
führende Hauswirtschaftliche  
100% Absenden. Die Gegenstände  
den "1987" sein "1987".  
Zeiten härter werden.



# Den Haushalt kippen!

## Umverteilung von oben nach unten

Der "blasser" Dieppgen legte einen Entwurf für Leiflinen der Stadtpolitik vor, in dem er sagt für wen die Zeiten härter und für wen sie schöner werden. "Vorrang haben alle Projekte, die steuerstarke Zuwanderer anlocken und Abwanderung entgegenwirken. (...) Für Universitäten bleibe es bei der Reduzierung auf 85.000 Studienplätze (...). Der soziale Wohnungsbau werde weiter reduziert. Der Teibus für Behinderte, die Fluchtungsunterbringung und die Frauenförderung seien zu senken. Dieppgen verlangt größere Kita-Gruppen. (...) die Re...

baufen sich ihre Stadt, gefördert m...  
Steuermitteln der Arbeitnehmer  
nen, die davon nichts haben, d...  
liche Leistungen, außer der f...  
sind von Kürzungen und  
Renovierungen betroffen.  
Der Verkauf des Eigen...  
WAG für über 3 Mi...  
nen von 27 Stro...  
werden. Damit...  
Spielraum der Ener...  
Fortset

Humboldt Universität  
collected highlights  
Nr. 1 Oktober 96

Abbildung

# CEDRIC J. ROBINSON: EIN NACHRUF

KOFI  
SHAKUR

Den meisten ist Cedric J. Robinson wahrscheinlich durch sein Buch *Black Marxism* und das Konzept der Black Radical Tradition bekannt. Doch das Werk des Theoretikers ist weitaus umfassender, als dass diese zwei Begriffe vermuten lassen.

»Cedric hat danach gestrebt und war regelmäßig erfolgreich damit, seine Studierenden und die allgemeine Öffentlichkeit mit generativen Arbeiten zu versorgen – seine Schriften und öffentlichen Vorträge versuchten, bisher unzugängliche und/oder anders konfigurierte Räume zu öffnen. In diesem Prozess machte er es für viele von uns möglich, sich ihm auf einer kollektiven Reise anzuschließen, die Akademie zu radikalisieren, Wissen zu demokratisieren und in wie kleinen Schritten auch immer, unsere Menschlichkeit in Leben und Arbeit in dieser prekären und ungerichteten Weltordnung wiederherzustellen.«<sup>1</sup>

1983 veröffentlichte Cedric J. Robinson seine wahrscheinlich bekannteste und einflussreichste Arbeit *Black Marxism* mit Hilfe des in London ansässigen Verlages Zed Press. Ein auf seiner Dissertation basierendes Buch mit dem Titel *The Terms of Order: Political Science and the Myth of Leadership* war, ohne große Beachtung zu finden, bereits 1980 bei SUNY Press erschienen. Der Weg dorthin hatte sich allerdings als schwierig erwiesen. Wie Robin D. G. Kelley, Historiker, Autor und Mitherausgeber zahlreicher Bücher zu linker Afro-Amerikanischer Geschichte, in seinem Nachruf auf den Theoretiker schreibt, war die Perspektive Robinsons zu der damaligen Zeit in wissenschaftlichen Kreisen schwer nachvollziehbar. »Als er seine Dissertation einreichte, wusste die Fakultät nicht, was man damit machen sollte. Einer nach dem anderen traten Mitglieder seines Komitees zurück und gaben eine mangelnde Fähigkeit, das Werk zu verstehen an.«<sup>2</sup> Erst unter der Androhung legaler Schritte wurde seine Arbeit fast vier Jahre später akzeptiert.

Trotz dieser Schwierigkeiten im wissenschaftlichen Diskurs aufgenommen zu werden, ist seine Lehre heutzutage unter progressiven Forscher\_innen und Aktivist\_innen weit verbreitet: »Verankert in der historischen Dichte Schwarzer Leben, haben Robinsons Lehre und Publikationen einen Eindruck in der Wissenschaft hinterlassen, der von Schwarzem Radikalem Denken und der Black Radical Tradition zu Racial Capitalism, Polizeigewalt und Schwarzer Repräsentation in Film und Musik reicht.«<sup>3</sup> Häufig wird er dabei auf das bereits oben erwähnte Werk *Black Marxism* reduziert. Dabei ist das praktische Wirken von Robinson sehr viel umfangreicher, und das theoretische Spektrum seiner Ideen sehr viel weiter.

Robinsons Kindheit und Jugend spielten sich ab in der Zeit der zweiten großen Migration Schwarzer und armer weißer Menschen in die Nordstaaten. Er lernte an staatlichen Schulen von

Schwarzen Lehrer\_innen, die zwar gut ausgebildet waren, aber dennoch die Schranken des segregierten Arbeitsmarktes nicht überwinden konnten. Schließlich war es ihm möglich, die Berkeley High zu besuchen, eine Schule, die wie Kelley feststellt, »einen Ruf für akademische Exzellenz, politischen Radikalismus und Rassismus« hat. Nachdem er sich mangels fehlender Unterstützung für Schwarze Jugendliche selbst an der UC Berkeley eingeschrieben hatte, arbeitete er in dem Café der Studierendengewerkschaft, als Reinigungskraft in Hotels und während der Semesterferien in einer Konservenfabrik, um die Studiengebühren zu bezahlen. Wenn es möglich war, nahm er sich dabei zwischendurch Zeit zum Lesen. Zusammen mit J. Herman Blake, der später Huey P. Newton beim Schreiben seiner Autobiographie *Revolutionary Suicide* assistierte, leitete er die Campusgruppe der *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP), eine der ältesten Schwarzen Bürgerrechtsorganisationen der USA, und machte sich neben seiner akademischen Ausbildung einen Namen als Aktivist.<sup>4</sup>

Im Laufe der kommenden Jahre kam er in Kontakt mit den Vertreter\_innen der Tradition, die er im Rahmen seiner Arbeit vor dem Kontext jahrhundertelanger Schwarzer und afrikanischer Aufstände und Revolutionen, als Black Radical Tradition definieren sollte.

So machte er unter anderem die Bekanntschaft von Harry Haywood, eine der bekannteren Personen, wenn es um die Geschichte Schwarzer Kommunist\_innen in den USA geht. Begegnungen wie diese entfachten sein Interesse für Schwarzen Antifaschismus, und machten die Auseinandersetzung mit Faschismus vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte zu einem zentralen Thema seiner Arbeiten.<sup>5</sup> Daneben etablierte er in einem Klima der politischen Spannung, geprägt von US-Militärinterventionen und »demokratischen« Kriegen, zusammen mit Studierenden der University of California in der Campusradio-Station die *Third World News Review* (TWNR). Die Sendung bestand von 1980 bis 2015 und lief überdies eine Zeit lang im öffentlichen Fernsehen. »Als TWNR begann, nahmen viele an, es gäbe an der Universität ein Publikum für das Programm. Nachdem es auch im Fernsehen ausgestrahlt wurde und die Moderatoren auf der Straße erkannt wurden, wurde jedoch klar, dass viele Menschen das Bedürfnis nach kritischen Medien hatten. Arbeiter grüßten uns von Radladern herab, Parkplatzwächter fragten nach der Show, fast alle von ihnen wollten mehr wissen«, erinnert sich Robinsons Frau Elizabeth.<sup>6</sup> Die beiden hatten sich bei ihrer Arbeit im Alameda County Prison kennengelernt. Dort hatten sie – im Bewusstsein, dabei in einem anti-Schwarzen Justizsystem zu manövrieren – versucht, transformative Arbeit mit Jugendlichen zu gestalten und im Rahmen der aufkommenden Gefangenenbewegung und der Organisierung der Black Panthers erkannt, dass das Strafrechtssystem unfähig zu jeder Reform ist.<sup>7</sup>

So wie auch die gängigen Erzählungen in den Medien es oft betonen, hat Cedric J. Robinson besonders die Geschichtsschreibung – auch die marxistische – immer wieder hinterfragt und vielleicht wie niemand vor ihm, die soziale Herkunft des Marxismus selbst in dessen dialektischer Kritik thematisiert. In den Worten Brechts war er ein historischer Materialist, der seine Aufgabe verstanden hat, »die Geschichte gegen den Strich zu bürsten.«<sup>8</sup>

In diesem Sinne schrieb er: »Was notwendig ist, damit die afrikanische Diaspora ihre historische Bedeutung erkennt, ist eine neue und andere Philosophie und eine neue Theorie der Geschichte.« Man könne sich der europäischen theoretischen Systeme und der Historiographie von Marx, Kropotkin, Nietzsche und Weber bedienen, aber sie müssten auf den Erfahrungen und dem Bewusstsein Schwarzer Menschen aufbauen. »Afrikanische Völker müssen als Produzierende von materiellem und kulturellem Reichtum, von Ideologien und Erkenntnistheorien und als Erzeuger von Geschichte anerkannt werden. Dies kann nur unter unseren eigenen Bedingungen authentisch geschehen. Ich glaube, dass die erste Stufe dieser Entwicklung die Kritik ist.«<sup>9</sup>

Vor allem in *Black Marxism* findet sich diese Kritik, die bis an die Wurzeln marxistischer Theorien und Bewegungen reicht: »Robinson stellt Marx und Engels für ihre Unterschätzung der materiellen Kraft rassistischer Ideologie auf das proletarische Bewusstsein zur Rede, und dafür, die englische Arbeiterklasse mit den Arbeitern aller Länder zu verwechseln.«<sup>10</sup> Er führte dabei Kämpfe auf drei Schlachtfeldern. Erstens ging es darum, den dominanten Ideen in der europäischen Literatur, die vorgaben und -geben, die afrikanischen Völker (historisch) zu verorten, zu widersprechen. Zweitens wurde die sozialistische intellektuelle Tradition kritisiert, die zu selten ihre eigenen Grundlagen hinterfragt hätte. Zu guter Letzt legte er den Fokus darauf, welche ambivalenten Positionen westlich gebildete Schwarze radikale Intellektuelle bei der Formulierung radikaler Schwarzer Theorien mitbrachten.<sup>11</sup>

In gewisser Weise nahm Robinsons Denken Diskussionen vorweg, die mit Titeln wie Aijaz Ahmads *In Theory: Classes, Nations, Literatures*, Kevin B. Andersons *Marx at the Margins*, Susan Buck-Morss' *Hegel and Haiti* oder Vivek Chibbers *Postcolonial Theory and the Spectre of Capital* noch Jahrzehnte später geführt wurden und werden. Es wäre jedoch gleichzeitig zu simpel, Robinson einfach in eine Reihe mit Anderen zu stellen, deren Werk sich auf den antikononialen Inhalt des orthodoxen Marxismus konzentriert, da er den Marxismus vielmehr als den Weg betrachtete, auf dem Schwarze Intellektuelle die Black Radical Tradition entdecken würden: »Black Marxism ist weder marxistisch noch anti-marxistisch. Es ist eine dialektische Kritik des Marxismus, die sich der langen Geschichte Schwarzen Widerstands zuwendet – und Schwarzen Intellektuellen, die sich ebenfalls der Geschichte Schwarzen Widerstands zugewandt haben – um eine komplett neue Theorie der Revolution und Interpretation der Geschichte der modernen Welt zu entwickeln.«<sup>12</sup>

Robinsons Schriften durchzieht das Bestreben danach, in einer umkämpften Geschichte zwischen Nationalismus, kapitalistischer Rationalität und westlicher Erkenntnistheorie nach einer Perspektive zu suchen, die den vielfältigen Kämpfen der Unterdrückten gerecht wird. Statt Interpretationen, die europäische Modelle auf global-gesellschaftliche Dynamiken übertragen, braucht es eine Erzählung von einem anderen Ausgangspunkt aus und genau das wusste Robinson geschichtlich zu begründen. Doch nicht nur mit Blick auf die Geschichte können wir von Robinson lernen. Er verstand es, ähnlich wie etwa der, als Guerilla-Intellektuelle bezeichnete, Historiker Walter Rodney, trotz seiner Position in der Wissenschaft niemals die sozialen Kämpfe aus den Augen zu verlieren, zu deren Verständnis und für deren Erfolg er sich letzten Endes mit der Geschichte auseinandergesetzt hat.

- 1 Cedric J. Robinson: Acknowledgements, in: *On Racial Capitalism, Black Internationalism, and Cultures of Resistance*, 2019, S. 7. Alle Übersetzungen von der Redaktion.
- 2 Robin D. G. Kelley: *Cedric J. Robinson: the Making of a Black Radical Intellectual*, 17.6.2016, unter: [www.counterpunch.org/2016/06/17/cedric-j-robinson-the-making-of-a-black-radical-intellectual](http://www.counterpunch.org/2016/06/17/cedric-j-robinson-the-making-of-a-black-radical-intellectual)
- 3 H. L. T. Quan: Introduction: Looking for Grace in Redemption, in: Cedric J. Robinson: *On Racial Capitalism, Black Internationalism, and Cultures of Resistance*, 2019, S. 1.
- 4 Kelley: *Cedric J. Robinson*.
- 5 Elizabeth Peters Robinson: Preface, in: Cedric J. Robinson: *On Racial Capitalism, Black Internationalism, and Cultures of Resistance*, 2019, S. 56.
- 6 Elizabeth Robinson: Twenty-five years of the Third World News Review, in: *Race & Class Vol. 47(2)*, S. 80.
- 7 Kelley: *Cedric J. Robinson*.
- 8 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in: Walter Benjamin: *Gesammelte Werke, Band I/2*, S. 697.
- 9 C. Robinson: Notes Toward a »Native« Theory of History, in: Cedric J. Robinson 2019: *On Racial Capitalism, Black Internationalism, and Cultures of Resistance*, S. 22.
- 10 Robin D. G. Kelley: *Why Black Marxism, Why now?*, 1.2.2021, unter: [www.bostonreview.net/race-philosophy-religion/robin-d-g-kelley-why-black-marxism-why-now](http://www.bostonreview.net/race-philosophy-religion/robin-d-g-kelley-why-black-marxism-why-now)
- 11 Cedric J. Robinson: *Black Marxism: The making of the Black radical tradition*, 2000, S. 307–308.
- 12 Kelley: *Why Black Marxism, Why now?*

# DIE HÖLLE, IN DER WIR LEBEN

TEA  
COLLOT

Die Erfolgsserie *Squid Game* will eine Allegorie auf den modernen Kapitalismus sein. Doch das gelingt ihr nur bedingt.

Die Serie *Squid Game* ist die neue Netflix-Sensation. In den ersten vier Wochen nach Serienstart hat sie sich mit 111 Millionen Klicks den Platz als meistgestreamte Serie des Milliardenkonzerns gesichert. Dabei hat sich das südkoreanische Horror-Drama zu einem noch nie dagewesenen Internetphänomen entwickelt – auf sämtlichen Social-Media-Plattformen gab es praktisch kein Entkommen vor ihr. Die Handlung ist simpel: 456 Teilnehmer\_innen, die aufgrund prekärer Lebenssituationen und massiver Verschuldung für ihre Teilnahme an dem geheimen Turnier ausgewählt wurden, müssen in sechs Spielen gegeneinander antreten. Dabei hat prinzipiell jede\_r die Möglichkeit, 45,6 Milliarden Won (etwa 33 Millionen Euro) Preisgeld zu gewinnen. Was die Teilnehmer\_innen jedoch erst im Verlauf der Spiele mitbekommen: Wer eine Spielrunde verliert oder sich disqualifiziert, wird auf der Stelle hingerichtet.

Nach eigener Aussage wollte der Regisseur Hwang Dong-hyuk »eine Allegorie auf den modernen Kapitalismus schreiben«<sup>1</sup>. Die Bezüge sind, wenn auch stark bemüht, dennoch sehr offensichtlich: Wir begleiten unseren Protagonisten Seong Gi-Hun und erfahren im weiteren Verlauf der Serie, dass dieser vor einigen Jahren als Fabrikarbeiter bei einem Automobilhersteller angestellt war. In einem kurzen Dialog wird thematisiert, wie zahllose Arbeiter\_innen, darunter auch Gi-Hun, mit Streik und der Besetzung eines Fabrikgebäudes auf eine Entlassungswelle reagierten. Die Serie bezieht sich hier auf die realen Streiks, welche sich 2009 beim südkoreanischen Automobilhersteller SsangYong ereigneten. Als Reaktion auf ihre Entlassungen besetzten mehrere tausend entlassene Arbeiter\_innen über Monate ein SsangYong-Fabrikgebäude und forderten ihre Stellen zurück.

Stark bemüht sind diese Bezüge, weil die Serie auf eine sehr mechanische Art und Weise nicht müde wird zu betonen, wie kritisch sie doch sei. Immer wieder werden anekdotische Verweise auf die Klassenzugehörigkeit der Teilnehmer\_innen und ihre finanziellen Probleme eingestreut. Hieran schließt sich allerdings ein Problem an, dass bei der Rezeption von *Squid Game*, gerade seitens linker Stimmen, häufig aufgetreten ist: In heilloser Begeisterung wird eine Netflix-Serie schnell für all das gelobt, was man so gerne in ihr sehen möchte – oder was man, als sich selbst als kapitalismuskritisch verstehende Linke, gerne in sie hineininterpretiert. Nun stimmt es zwar, dass Anspielungen auf die südkoreanische Streikgeschichte hier bewusst gewählt wurden, und auch die tragischen Folgen des Kapitalismus sollen uns durch die Teilnehmenden und ihre Schicksale nahegebracht werden. Gleichzeitig mischt sich aber diese halbgar umgesetzte



Ambition mit ebenjenen plumpen, effekthascherischen Mitteln, die wir von einem profitorientierten Streamingunternehmen wie Netflix schon seit Jahren kennen. Denn es ist kein Zufall, dass diese Serie so erfolgreich ist. Und ihre pseudo-kritische Note, die uns Zuschauer\_innen eine besonders tiefgründige Message vorgaukelt, verhilft ihr genau dorthin.

Zwei zutreffende Beobachtungen macht *Squid Game* dennoch: In der zweiten Episode kommt es zu einer Szene, in der die Spieler\_innen vor die Wahl gestellt werden, ob sie denn weiter an den tödlichen Spielen teilnehmen möchten. Die Spielregeln besagen, dass das Turnier jederzeit abgebrochen werden kann, wenn eine Mehrheit der Teilnehmer\_innen sich in einer Abstimmung dagegen entscheidet, weiter zu partizipieren. Als diese Situation dann eintritt, kehren alle Teilnehmenden in ihr altes, prekäres Leben zurück – nur um sich, von ihrer eigenen Perspektivlosigkeit getrieben, dann doch wieder für die Teilnahme am blutrünstigen Spiel zu entscheiden und sich damit ihrer allerletzten, traurigen Hoffnung hinzugeben, als Gewinner\_in vielleicht die 38 Milliarden Won mit nach Hause zu nehmen. Im weiteren Verlauf der Serie wird zudem immer wieder betont, dass alle Teilnehmenden die gleichen Chancen auf großen Hauptgewinn besäßen und im Wettbewerb von Grund auf gleich und ebenbürtig behandelt würden, um absolute Fairness zu garantieren – eine Fairness, die so natürlich nie gegeben ist. Ob nun gewollt oder nicht, in dieser Darstellung entzaubert *Squid Game* zwei große liberale Lügen: sowohl die Illusion von Freiheit im Kapitalismus als auch eine Gleichheitsideologie, welche ökonomische und materielle Unterschiede der sozialen Herkunft verschleiert, um ein imaginäres Prinzip von Fairness und Wettbewerbsgleichheit hochzuhalten. Leider sind diese wertvollen Observierungen der Serie zugleich diejenigen, die am Unbeabsichtigten wirken und zwischen Effekthascherei und affektiv-rührseligem Kitsch beinahe komplett untergehen.

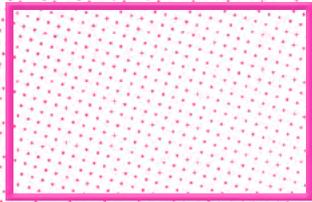
Die gesamte Aufmachung von *Squid Game* wirkt, als hätte man einen Algorithmus mit der für das Actiongenre üblich überladenen, grell-bunt-brutalen Netflix-Ästhetik (siehe zum Beispiel die Erfolgsserie *Haus des Geldes*), vorhersehbaren Spielverläufen und billigen Schockmomenten gefüttert, um am Ende ein möglichst erfolgversprechendes Endprodukt zu generieren. Dabei bleiben die bereits dargelegten Ansätze von Kritik nur noch unter der Lupe erkennbar. Hier reichen sich die kulturindustriell ausgefeilte Form der Serie und ihr verkürzter Inhalt liebevoll die Hand: Die kleine Prise mehrheitsfähiger Gesellschaftskritik leistet nicht sehr viel mehr als etwas willkommene Würze, um auf dem hart umkämpften Streamingmarkt hervorstechen. Denn es ist mehr als fragwürdig, ob die zahllosen zerschossenen Körper und Blutlachen zwingend notwendig gewesen wären, um uns die grausame Natur des Kapitalismus vor Augen zu führen. Alles, was diese brutalen Bilder von ihrem Publikum wollen, ist, uns möglichst lange vor den Bildschirm zu fesseln und uns gerade verstört genug zurückzulassen, um direkt die nächste Folge zu streamen.

Moralinsauer stößt vor allem die letzte Episode auf: Nachdem Gi-Hun das Turnier gewonnen hat, wird die Handlung nämlich von Oh Il-nam – dem eigentlichen Orchestrator der Spiele – in einer Art Verweis auf die Bedeutungsebene eingeordnet. Dies geschieht allerdings in Form einer aufgeblasenen Moralpredigt, die sämtliche mehr oder minder kritischen Bemühungen bis hierhin eigentlich zunichtemacht. In einem letzten Gespräch fragt Oh Il-nam Gi-Hun: »Glaubst du immer noch an die Menschen? Selbst nach dem, was du erlebt hast?« Dabei bricht die Serie ihre gesamte Systemkritik auf eine einfache Glaubensformel herunter und lässt das Publikum letztendlich bei der Annahme stehen, dass Menschen nun einmal grundlegend schlecht seien. Das ist weder eine Analyse von, noch eine Kritik an der Hölle, in der wir leben, sondern lediglich stumpfe, bürgerliche Empörung. Da verwundert es wenig, dass Regisseur Hwang Dong-hyuk von seiner Serie selbst behauptet, sie handele vom »extremen Wettbewerb des Lebens«<sup>2</sup> – und somit genauso, ob bewusst oder nicht, das erniedrigende Leben im Kapitalismus als Normalzustand naturalisiert.

Dass es auch anders geht, zeigt uns z.B. der Spielfilm *Parasite* (2019): Während dessen Regisseur Bong Joon-ho es schafft, uns die zermürbende Lebensrealität südkoreanischer Arbeiter\_innen und den vorherrschenden Klassenantagonismus auf Leinwand zu spiegeln, bleibt Hwang Dong-hyuk bei nicht sehr viel mehr als blutroten Signalfarben, grausamen Kinderspielen und plumpen narrativen Mitteln stecken. *Squid Game* übertreibt, übersteuert und verzerrt, um seine Zuschauer\_innen durch den Affekt zum Binge-Watching zu bewegen. Entgegen vieler Stimmen – und auch entgegen der Intention des Regisseurs selbst – findet sich in der Serie kein kapitalismuskritischer Kern, sondern nur eine oberflächliche, ausgehöhlte Schale von Kritik: eine Fassade, die auf das altbewährte Netflix-Erfolgsgerüst draufgeschraubt wurde. Nicht umsonst bewerben jetzt auch die Sparkasse Köln-Bonn und Internet-Finanzratgeber auf Social-Media-Plattformen ihre Banken und Unternehmen in Memes mit den eingängigen roten Anzügen. *Squid Game* ist keine Allegorie auf den Kapitalismus, sondern in letzter Konsequenz vor allem eine sehr gut gelungene Marketing-Strategie. Wahrscheinlich die beste, die der Milliardenkonzern bis jetzt gefahren ist.

1 Hwang Dong-hyuk, zitiert nach David Pfeifer: »Sechs Zähne verloren und ein Meisterwerk geschaffen«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.10.2021, online unter: [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)

2 Ebd.



**ПРАВДА**



**ИЗВЕСТИЯ**

## REFRAT

DER REFERENT\_INNENRAT (REFRAT) VERTRITT DIE STUDENT\_INNENSCHAFT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN (HU) UND ERLEDIGT DIEREN LAUFENDE GESCHÄFTE. ENTSPRECHEND IST ER AN DIE BESCHLÜSSE DES STUDENT\_INNENPARLAMENTS (STUPA) GEBUNDEN. DER REFRAT GLIEDERT SICH NACH ARBEITSGEBIETEN IN SECHZEHN REFERATE, DARUNTER DAS REFERAT FÜR PUBLIKATION, WELCHES FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG DER HUCH ZUSTÄNDIG IST. PRO REFERAT GIBT ES EIN BIS ZWEI GLEICHBERECHTIGTE REFERENT\_INNEN, DIE VOM STUPA GEWÄHLT WERDEN. NUR DIE SOGENANNTE AUTONOMEN REFERATE WERDEN VON BESTIMMTEN GRUPPEN GEWÄHLT UND ANSCHLIEßEND VOM STUPA BESTÄTIGT.

DIE BEZEICHNUNG »REFERENT\_INNENRAT« GIBT ES NUR AN DER HU. AN DEN ANDEREN BERLINER HOCHSCHULEN IST VOM GESETZ HER DIE BEZEICHNUNG »ALLGEMEINER STUDENT\_INNENAUSSCHUSS« (ASTA) VORGESCHRIEBEN, WESHALB DER OFFIZIELLE NAME DES REFRATS AUCH DEN ZUSATZ »GESETZLICH ASTA« TRÄGT. TROTZDEM GIBT ES SIGNIFIKANTE UNTERSCHIEDE ZU EINEM ASTA, DA DIE REFERATE DES REFRATS EINZELN GEWÄHLT WERDEN UND NICHT DURCH EINE »KOALITIONSGEBIUNG«. DAS HEIßT, DASS NACH STUPA - WÄHLEN KEIN NEUER REFRAT KONSTITUIERT WIRD WIE AN HOCHSCHULEN MIT EINEM ASTA.

DIESE BESONDERHEIT DES REFRATS IST MIT DESSEN ENTSTEHUNG NACH DER WENDE ZU ERKLÄREN. URSPRÜNGLICH HATTEN DIE STUDENT\_INNEN IM JAHR 1989 IHRE INTERESSENVERTRETUNG IN EINEM STUDENT\_INNENRAT (STURA) NEU ORGANISIERT, SO WIE ES AUCH ANDERE OSTDEUTSCHE HOCHSCHULEN TATEN (UND NOCH TUN). JEDOCH WURDE AUCH DER HU DAS (WEST-DEUTSCHE) BERLINER HOCHSCHULGESETZ ÜBERGESTÜLT. DIE STUDENTISCHEN VERTRETER\_INNEN KONNTEN ZWAR NICHT DAS STURA-MODELL DURCHSETZEN, JEDOCH DEN KLASSISCHEN ASTA VERHINDERN. EINE ART KOMPROMISS BILDET DER REFRAT. DA DER BERLINER SENAT LANGE MIT DIESER IDEE HADERTE, WURDE DIE 1993 BESCHLOSSENE SATZUNG DER STUDENT\_INNENSCHAFT ERST 2002 VON DER SENATSWERWALTUNG BESTÄTIGT.

FÜR WEITERE INFORMATIONEN ZU DEN EINZELNEN REFERATEN:  
[WWW.REFRAT.DE | REFERAT.HTML](http://www.refrat.de/referat.html)

**SSBS  
STUDENTISCHES  
SOZIALBERATUNGSSYSTEM**

• DAS STUDENTISCHE SOZIALBERATUNGSSYSTEM DES REFERENT\_INNENRATS BIETET BERATUNGEN ZU DEN FOLGENDEN THEMEN AN:

- ALLGEMEINE RECHTSBERATUNG
- ALLGEMEINE SOZIALBERATUNG
- ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG (adb)
- BAFÖG- UND STUDIENFINANZIERUNGSBERATUNG
- ARBEITSRECHTLICHE ANFANGSBERATUNG
- BEHINDERUNG / CHRONISCHE ERKRANKUNG -  
ENTHINDERUNGSBERATUNG
- INTERNATIONALE STUDIERENDE
- STUDIERENDE MIT KIND(ERN)
- ÜBERFORDERUNG
- BERATUNG ZU LEHRE UND STUDIUM
- HOCHSCHUL- UND PRÜFUNGSRECHT
- STUDENTISCHE STUDIENFACHBERATUNGEN
- BERATUNG BEI SEXISTISCHEN BELÄSTIGUNGEN  
UND ÜBERGRIFFEN

WENN IHR NICHT WISST, WELCHE BERATUNG PASSEN KÖNNTE,  
KOMMT EINFACH ERST EINMAL IN DIE ALLGEMEINE  
SOZIALBERATUNG!

FÜR WEITERE INFORMATIONEN: [WWW.REFRAT.DE/BERATUNG](http://WWW.REFRAT.DE/BERATUNG)

## SEMTIX

DAS SEMESTERTICKETBÜRO UNTERSTÜTZT STUDIERENDE, DIE AUFGRUND DER SEMESTERTICKETGEBÜHR IN FINANZIELLE ENGPÄSSE GERATEN. MIT AUSFÜHRLICHEN INFORMATIONEN UND EINER RECHTSBERATUNG STEHT DAS SEMESTERTICKETBÜRO ZUR SEITE UND BERÄT STUDIERENDE, DIE EINEN ANTRAG AUF ZUSCHUSS ZUM SEMESTERTICKET STELLEN MÖCHTEN. IM FALLE EINES POSITIVEN BESCHEIDS KANN ENTWEDER EIN TEIL ODER DER GESAMTE BETRAG DER SEMESTERTICKETGEBÜHREN ERSTATTET WERDEN.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER: [WWW.REFRAT.DE/SEMTIX](http://WWW.REFRAT.DE/SEMTIX)

humboldt  
universität  
undogmatische  
linke  
studierende

**ak**  
**analyse & kritik**  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis  
www.akweb.de

★ *la:iz*



**DISHWASHER**  
Magazin von und für  
Arbeiter\*innen|kinder

**JACOBIN**

~~Soon!~~ #7 Erfahrung  
**<OUTSIDE THE BOX>**  
ZEITSCHRIFT FÜR  
FEMINISTISCHE  
GEGENKULTUR

39

» lest, hört und macht: 1 Kunst  
2 Spektakel  
spektakel.blogspot.de 3 Revolution

**LESEN, WAS ANDERE  
NICHT WISSEN WOLLEN**

**konkret**

**Supernova**

*The Lower Class Magazine*

**re:volt**  
magazine  
revoltmag.org das linke  
und antikapitalistische  
politik-analyse-bewegungs-magazin

Für eine konsequente Kritik & wider  
den reaktionären Schwachsinn.  
Studentische Zeitschrift  
an der Universität Hamburg.

**new critique**  
Zeitschrift  
für & wider

nc-uhh.de @nc\_uhh new.critique@  
asta.uni-hamburg.de

# IMPRESSUM

## Huch #93

Dezember 2021, Berlin

## Auflage

1.000 Exemplare

## Herausgeber\_innen

Elio Nora Hillermann und Joana Splieth  
für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin  
(ges. AStA)

## Redaktion

Tilman Bärwolff  
Tea Collot  
Elio Nora Hillermann  
Kofi Shakur  
Joana Splieth  
(V.i.S.d.P.)

## Anschrift

HUch – Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de  
[www.refrat.de/huch](http://www.refrat.de/huch)

## Abbildung Umschlag

*Blumen am Mahnmal für das Gedenken an die Opfer von  
Rassismus und Polizeigewalt, Oranienplatz Berlin, März 2021*  
Foto: © woistunserdenkmal@gmail.com  
Umbruch-Bildarchiv  
[www.umbruch-bildarchiv.org](http://www.umbruch-bildarchiv.org)

## Abbildungen Innenteil

HUch-Redaktion

## Abbildung Poster

*The Right of Assembly by Arthur Siegel*  
Foto: PunkToad, CC BY 2.0

## Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin  
[www.schroeterundberger.de](http://www.schroeterundberger.de)

## Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH  
[www.hinkelstein-druck.de](http://www.hinkelstein-druck.de)

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,  
unter *Creative Commons License*.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

*Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion  
und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen  
studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.*

**UNSERE WEBSITE**

...  
**REFRAT.DE/HUCH**

**FACEBOOK**

...  
**HUCH**  
kritische Studierendzeitschrift

**FINDET UNS  
AUF TWITTER  
UND INSTAGRAM**

...  
**@HUCHZEITSCHRIFT**

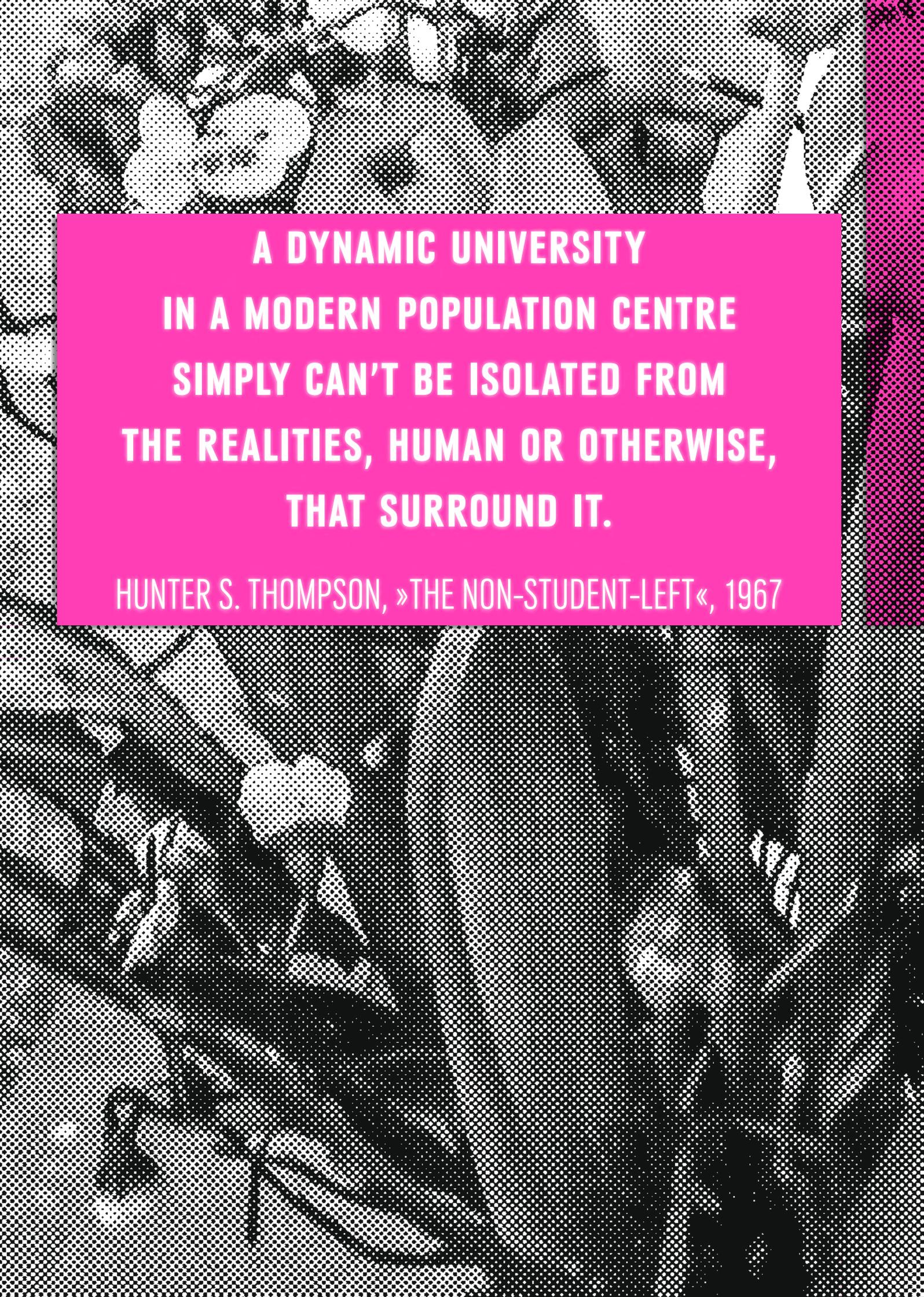


**Her  
zu uns**

**MITARBEIT BEI DER HUCH:**

Als Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung versucht die *HUch* einen Raum zu schaffen, in dem selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Fragen gearbeitet werden kann.

Wenn ihr Lust und Zeit habt, diese Zeitschrift mitzugestalten oder Artikel für uns zu schreiben, kommt gerne einmal zu unseren Sprechzeiten im Refrat vorbei, schreibt uns eine Mail oder kontaktiert uns über Social Media.



**A DYNAMIC UNIVERSITY  
IN A MODERN POPULATION CENTRE  
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM  
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,  
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967